

N i e d e r s c h r i f t

der 53. Tagung des Stadtrates am 28.04.2004

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14:10 Uhr bis 19:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	OB
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönsch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU
Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Ingo Kautz	CDU
Herr Günter Köhler	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Herr Prof. Dr. Siegfried Kiel	PDS
Herr Dietmar Klimek	PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Oliver Krockner	PDS
Frau Margrit Lenk	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Klaus Müller	PDS
Frau Heidrun Tannenberg	PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Herr Robert Bonan	SPD
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Dr. Günter Kraus	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Ulrich Richter	SPD
Frau Barbara Scheller	SPD
Herr Andreas Schmidt	SPD
Herr Andreas Strauch	SPD
Herr Armin Voß	SPD
Frau Dr. Gesine Haerting	HAL
Herr Peter Jeschke	HAL
Herr Heinz Maluch	HAL
Herr Manfred Schuster	HAL
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL
Herr Mathias Weiland	HAL
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Yvonne Berkold	UBF
Frau Hannelore Blumenthal	UBF
Herr Jürgen W. Schmidt	UBF
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Bernd Stemme	UBF
Frau Petra Meißner	FDP
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Eberhard Doege	
Herr Dieter Funke	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	
Frau Dagmar Szabados	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Frau Marlies Schaffer	PDS

Wortprotokoll:

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h**.

Herr **Gobsch**, Bürgerinitiative gegen Elektrosmog Halle, stellte folgende Fragen:

1. Wie wird von der Stadt Halle die bekannte „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze“ vom 9. Juli 2001 wahrgenommen?
2. Warum hat die Stadt Halle noch kein Mobilfunkvorsorgemodell, wie es z.B. die Städte bzw. Gemeinden München, Nürnberg, Duisburg, Düsseldorf, Attendorn, Gräfelting längst besitzen, um die Bevölkerung vor den negativen Folgen des Mobilfunks zu schützen und den sozialen Frieden zu wahren?
3. Warum lässt die Stadt Halle nicht den weiteren Ausbau von UMTS-Antennen stoppen, obwohl auch den Experten von Halle der Abschlussbericht des Bundesforschungsvorhabens über alternative Funksysteme mit minimaler Strahlungsleistungsdichte im digitalen Rundfunk, Mobilfunk, drahtlosen LANs, genannt „miniWatt“ vom 18. März 2003 vorliegt und von uns Steuerzahlern mit einer Million Euro finanziert wurde, der zeigt, dass die Bevölkerung durch Anwendung neuer Technologien mit geringster Strahlenbelastung rechnen könnte?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Stadt beschäftige sich gegenwärtig mit dem von Herrn Gobsch übergebenen Informationsmaterial. Gegebenenfalls werde man auf den Stadtrat zukommen, um bestimmte Dinge in der Stadt entsprechend zu regeln. Sie sagte eine schriftliche Antwort zu.

Besucherinnen des offenen Jugendtreffs „Orangerie“ wandten sich an den Stadtrat. In den letzten Tagen seien 166 Unterschriften gesammelt worden mit der Bitte, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses bezüglich der Prioritäten der Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe noch einmal zu überdenken. Der Jugendhilfeausschuss habe beschlossen, zwei Personalstellen dieses Jugendtreffs nicht weiter durch die Stadt zu finanzieren, d.h. die „Orangerie“ solle geschlossen werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte ihr Verständnis dafür, dass sich die Jugendlichen für den Erhalt der Einrichtung einsetzen. Leider sei die Stadt in einer schwierigen Situation, müsse genau prüfen, wo sie ihr Geld ausbebe und wo es am effektivsten genutzt werde. Diese Entscheidung sei im Ergebnis einer Analyse zu Struktur und Angeboten von Jugendtreffs getroffen worden. Sie schlage vor, wenn es in der „Orangerie“ Angebote gegeben habe, die besonders wichtig gewesen seien, zu versuchen, diese in der nächsten Einrichtung, die in der Nähe sei, wieder einzuführen.

Herr **Kautius** ging auf das Projekt PHÄNOMENA ein. Halle bewerbe sich als Stadt der Wissenschaft. Gebe es hier keine phänomenalen Dinge, die hallesche Wissenschaftler aufgedeckt haben? Warum werde dies nicht mit einbezogen und dargestellt in die geplante Ausstellung?

Er ging auf weitere Punkte in der vorgesehenen Tagesordnung ein (Olympia, Sportkomplex Robert-Koch-Straße, Parkplätze Friedenstraße, Parkraum Hubertusplatz).

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf alle Fragen ein und antwortete u.a., sie halte es nicht für ausgeschlossen, dass die Universität sich an dem Projekt PHÄNOMENA beteilige.

Herr **Scheibner**, Elternvertreter der Grundschule Auenschule, nahm Bezug auf den Aufruf der Oberbürgermeisterin, sich zum Stadtjubiläum 2006 Geschenke zu machen. Engagierte Eltern wollen die Grundschule Auenschule erhalten. Er übergab eine Mappe mit folgendem Inhalt: der Fragestellung an den Stadtrat (*siehe nächster Absatz*), ein Brief mit dem Beitrag der Schule zum Stadtjubiläum, Bilder der Kinder der Grundschule, Artikel und Information zum Zeitgeschehen in der Stadt, die Offenen Briefe 2002 und 2003 und nicht zuletzt über 1400 Unterschriften von Bürgern der Stadt Halle zum Erhalt der Schule.

Die Stadt Halle gebe für Großprojekte gegenwärtig und auch zukünftig Gelder aus. Inwieweit sei es möglich, Teilbeträge zur Verfügung stehender Gelder aus Einsparungen Olympiabeteiligung, Stadtjubiläum, Investitionen, Beraterverträgen und der Bewerbung zur Kulturhauptstadt für die Bildung, und im Speziellen zur Sanierung der Grundschule Auenschule, zu verwenden? Man denke an Teilleistungen für Dachreparaturen und die Sanierung der Heizungs- und Sanitäranlagen. Begleitend zur Bereitstellung der Gelder durch die Stadt würden Eltern und Kinder Initiativen ergreifen, mit Eigenleistungen zur Erneuerung des Schulgebäudes.

Er bitte um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nahm die Mappe entgegen und bat um ein bisschen Geduld bis zur Beantwortung der Fragen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 53. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 54 Mitglieder des Stadtrates (95%) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Herr **Bönisch** stellte fest, es liege ein **Dringlichkeitsantrag der HAL-Fraktion** zum weiteren Vorgehen beim Projekt PHÄNOMENA vor. Weiterhin liege ein Änderungsantrag der HAL-Fraktion zur Vorlage – Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe – vor. Zu TOP 5.17 sei ein Änderungsantrag der PDS-Fraktion zu beachten. Außerdem lägen zu einigen Punkten neue Deckblätter bzw. Ergänzungsblätter vor.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, stellte den Antrag Punkt 5.9 unter dem Punkt 9, Mitteilungen, zu behandeln, Punkt 5.1 ebenso.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion, TOP 5.28 heute abzusetzen und auf die kommende Stadtratstagung im Mai zu verschieben. Die Gerichtsentscheidung in dieser Angelegenheit sollte abgewartet werden.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion beantrage, TOP 6.9 von der Tagesordnung zu nehmen. Begründung: Nichtzuständigkeit bzw. Erledigung durch die Antwort der Verwaltung. TOP 5.2 aus dem nichtöffentlichen Teil sollte öffentlich behandelt werden.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erklärte, man sei unsicher gewesen, ob öffentlich oder nichtöffentlich. Sie sei mit der Verschiebung in den öffentlichen Teil einverstanden.

Aus den Reihen des Stadtrates gab es keine Einwände. Der Tagungsleiter legte fest, diesen Punkt öffentlich zu behandeln.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, äußerte sich zur Dringlichkeit des Antrages der HAL-Fraktion. Ihre Fraktion spreche nicht für die Dringlichkeit.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, begründete die Dringlichkeit des Antrages ihrer Fraktion.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, unterstützte den GO-Antrag der PDS-Fraktion, die Informationsvorlage unter Punkt 5.1 in den Punkt Mitteilungen zu verschieben.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion könne keine Dringlichkeit zum Thema Phänomene erkennen; außerdem beantrage sie, Punkt 6.9 abzusetzen und Punkt 5.27 von der Tagesordnung zu nehmen. Seine Fraktion sähe sich nicht in der Lage, einem Wirtschaftsplan für ein abgelaufenes Geschäftsjahr zuzustimmen.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, stellte den Antrag Punkt 5.9 von der Tagesordnung zu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf die Geschäftsordnungsanträge ein. Informationsvorlagen unter dem Punkt Mitteilungen zu behandeln, sei möglich. Bei dem Punkt PHÄNOMENA gebe sie jedoch zu bedenken, dass Herr Dr. Müller aus der Schweiz angereist sei, um zu diesem Punkt zu sprechen. Sie bitte, diesen Punkt an der jetzigen Stelle der Tagesordnung zu belassen.

Herr **Dr. Meerheim** regte an, aus der Vorlage das Wort „zustimmend“ zu streichen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, das könnte in der Diskussion geklärt werden. Aber man könnte sich dahin bewegen, es sei auch so gemeint, dass die Vorlage zur Kenntnis gegeben werde.

Dem Antrag der UB-Fraktion, Punkt 5.28 zu vertagen, bitte sie nicht zu folgen.

Herr **Bönisch** äußerte, bei einer Informationsvorlage sei es inkonsequent, eine Kenntnisnahme mit einer Zustimmung zu versehen, wissend, dass der Stadtrat darüber nicht abstimme. In der Geschäftsordnung des neuen Stadtrates sollte dies eindeutig geregelt werden. Er schließe sich jedoch der Bitte der Oberbürgermeisterin an, diese Vorlage zu Beginn der Tagesordnung zu behandeln.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zu Aufnahme

Dringlichkeitsantrag HAL-Fraktion: keine Zweidrittelmehrheit erreicht

Abstimmung GO-Antrag

Vertagung 5.28 auf Mai:

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung GO-Antrag

Absetzung 6.9:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, begründete den Antrag auf Absetzung des Punktes 5.27.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, erläuterte, es habe einen vorläufigen Wirtschaftsplan für das ZGM gegeben, dem vom Stadtrat zugestimmt worden sei. Es sollte zumindest zur Kenntnis genommen werden, dass sich einige Planansätze verändert haben.

Abstimmung zum GO-Antrag

Absetzung 5.27:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Bönisch** stellte den GO-Antrag, Punkt 5.9 von der Tagesordnung abzusetzen zur Abstimmung:

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, verwies darauf, dass es eine Einordnung der Informationsvorlage in den Punkt Mitteilungen gegeben habe. Die Verwaltung könne jederzeit Mitteilungen abgeben

Herr **Bönisch** stellte fest, dass die Thematik derzeit einen eigenen Tagesordnungspunkt habe.

**Abstimmung zu GO-Antrag
Absetzung 5.9:**

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zu GO-Antrag

Behandlung 5.9 unter 9 (Mitteilungen): mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Bönisch** gab bekannt, dass bei Behandlung des Punktes 5.1 die redaktionelle Bearbeitung des Textes möglich sei.

Abstimmungsergebnis

Tagesordnung einschl. Änderungen: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschriften vom 25.02.2004 und vom 24.03.2004**
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24.03.2004**
- 5. Vorlagen**
 - 5.1. Bericht zum Arbeitsstand des Projektes PHÄNOMENA für das 1. Quartal 2004**
Vorlage: III/2004/04099
 - 5.2. Umsetzung der Akquisitionsinstrumente zur verstärkten Vermarktung der Landesheilanstalt Halle (LHA) im Wissenschafts- und Innovationspark Halle (WIP)**
Vorlage: III/2004/03993
 - 5.3. Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 25.06.2003 "Erarbeitung eines strategischen Konzeptes zur Einbindung der Stadt Halle (Saale) in das Bewerberkonzept der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2012"**
Vorlage: III/2004/04039
 - 5.4. Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des 1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006**
Vorlage: III/2004/04040
 - 5.5. Haushaltskonsolidierung im Händel-Haus**
Vorlage: III/2003/03457

- 5.6. Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: III/2003/03336
- 5.7. Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe**
Vorlage: III/2004/03961
- 5.7.1 Änderungsantrag der HAL-Fraktion - zu Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe (TOP 5.7)**
Vorlage: III/2004/04169
- 5.8. Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: III/2004/03920
- 5.9. siehe 9.1**
- 5.10. Baubeschluss Grundschule "Bertolt Brecht", Hanoier Straße 1, Turnhallensanierung MT 90**
Vorlage: III/2004/04012
- 5.11. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer Straße/Oppiner Straße - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und Aufhebung des Beschlusses zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes**
Vorlage: III/2003/03829
- 5.12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 15 "Sonderbauflächen an der Merseburger Straße" - Abwägung und Änderung**
Vorlage: III/2004/03881
- 5.13. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher Straße - 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss - Offenlagebeschluss**
Vorlage: III/2004/03902
- 5.14. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher Straße - 1. Änderung - vorgezogener Abwägungsbeschluss**
Vorlage: III/2004/03903
- 5.15. Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher Straße - 1. Änderung - vorbehaltlicher Satzungsbeschluss**
Vorlage: III/2004/03904
- 5.16. Bebauungsplan Nr. 8.4, Halle-Büschdorf, Günter-Mayer-Straße, 1.Änderung - Aufstellungsbeschluss-Satzungsbeschluss**
Vorlage: III/2004/03923
- 5.17. Baubeschluss Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz**
Vorlage: III/2004/03907
- 5.17. Änderungsantrag der Fraktion der PDS zur Vorlage "Baubeschluss 1 Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz", TOP 5.17, Vorlagen-Nr.: III/2004/03907**
Vorlage: III/2004/04170

- 5.18. Baubeschluss Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz**
Vorlage: III/2004/03908
- 5.19. Baubeschluss Sportkomplex Robert-Koch-Straße**
Sanierung der Turnhalle und des Sozialtraktes III. BA (Endfertigstellung)
Vorlage: III/2004/03948
- 5.20. Finanzplanung Straßenbahn Halle-Neustadt und Umbau Riebeckplatz**
Vorlage: III/2004/04026
- 5.21. Widmung der Straße "Deutsche Grube" (künftig eine Teilstrecke "Messestraße")**
Vorlage: III/2004/03909
- 5.22. Widmung der Straßen im Bebauungsplangebiet Nr. 37 "Dölau-Ost" (Agnes-Gosche-Str., Anna-Schubring-Str., Ellen-Weber-Str.)**
Vorlage: III/2004/03910
- 5.23. Widmung Sonnenblumenweg und Resedenweg**
Vorlage: III/2004/03912
- 5.24. Widmung Sonneberger Straße**
Vorlage: III/2004/03913
- 5.25. Teileinziehung Sternstraße**
Vorlage: III/2004/03915
- 5.26. Einziehung Parkplatz Louis-Jentzsch-Straße**
Vorlage: III/2004/03914
- 5.27. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2003 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: III/2003/03842 **a b g e s e t z t**
- 5.28. Personalangelegenheit**
Vorlage: III/2004/04074
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 6.1. Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) vom 03.03.2004 zur Schaffung von Parkplätzen auf dem Gelände Friedenstraße 31 a (öffentlicher Park) für das fusionierte Gymnasium "Thomas Müntzer"/Trotha-Gymnasium "H. Eisler", Friedenstraße 33**
Vorlage: III/2004/04037
- 6.2. Antrag der PDS-Fraktion zur Wiederanbringung der Tafel mit dem Namen Siegmund Jähn an das Raumflugplanetarium (Peißnitz)**
Vorlage: III/2004/04092
- 6.3. Antrag der PDS-Fraktion zur Betreibung des Passendorfer Schlößchens**
Vorlage: III/2004/04095
- 6.4. Antrag der PDS-Fraktion zur Korrektur rechtsbedenklicher Beitragsbescheide für Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: III/2004/04101

- 6.5. **Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zur Freigabe des Stadtwappens als Werbeträger**
Vorlage: III/2004/04106
- 6.6. **Antrag des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS, zur Einführung und Handhabung des Kommunalabgabengesetzes in neuester Fassung**
Vorlage: III/2004/04112
- 6.7. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend die Landesausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle**
Vorlage: III/2004/04120
- 6.8. **Antrag der HAL-Fraktion - zur Prüfung der Spielflächen in den einzelnen Wohngebieten**
Vorlage: III/2004/04121
- 6.9. **Antrag der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Installation von Wasserzählern**
Vorlage: III/2004/04122 **a b g e s e t z t**
7. **Anfragen von Stadträten**
- 7.1. **Anfrage der Stadträtin Margrit Lenk und des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS, zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses im Zusammenhang mit einem Antrag zum Denkmal des "Kleinen Trompeters"**
Vorlage: III/2004/04097
- 7.2. **Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, PDS, zu Gebühren und Entgelte**
Vorlage: III/2004/04098
- 7.3. **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zu Auswirkungen der geplanten Ausbildungsplatzabgabe**
Vorlage: III/2004/04102
- 7.4. **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Sperrung der Ausfahrtstraße Dölau-Salzmünde (L159) im Zusammenhang mit dem Autobahnbau**
Vorlage: III/2004/04103
- 7.5. **Anfrage des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU, zur Änderung des Flächennutzungsplanes für die Gartensiedlung "Frohe Zukunft"**
Vorlage: III/2004/04104
- 7.6. **Anfrage der Stadträtin Ute Haupt und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS, zu Fragen der Stadtteilentwicklung auf der Silberhöhe**
Vorlage: III/2004/04105
- 7.7. **Anfrage der Stadträtin Isa Weiß, CDU, zu Strukturänderungen in der Stadtverwaltung**
Vorlage: III/2004/04107
- 7.8. **Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zu Bestandteilen des kommunalen Haushaltes**
Vorlage: III/2004/04108

- 7.9. Anfrage der Stadträte Prof. Dr. Siegfried Kiel und Uwe Heft, PDS, zur Ausbildungsplatzabgabe**
Vorlage: III/2004/04110
- 7.10. Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU, zum Parkraumkonzept Hubertusplatz/Weinbergweg**
Vorlage: III/2004/04114
- 7.11. Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU, zur Einhaltung der Geschäftsordnung der Stadtverwaltung Halle durch städtische Bedienstete**
Vorlage: III/2004/04115
- 7.12. Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zur Altersstruktur der Stadtverwaltung**
Vorlage: III/2004/04117
- 7.13. Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU, zum Komplex Abfallentsorgung ab 1. 6. 2005**
Vorlage: III/2004/04119
- 7.14. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zum qualitativem Abbau im ambulanten Bereich des SGBVIII und seine fiskalischen Folgen**
Vorlage: III/2004/04123
- 7.15. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Prüfung der Möglichkeit einer kostengünstigeren Hilfestellung der Fälle von 35a SGB VIII in Halle**
Vorlage: III/2004/04124
- 7.16. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zu vollstationären Unterbringungen nach SGB VIII in Fremdkommunen**
Vorlage: III/2004/04118
- 7.17. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Prüfung der Erforderlichkeit eines Nachtragshaushaltes HzE**
Vorlage: III/2004/04125
- 8. Mündliche Anfragen von Stadträten**
- 9. Mitteilungen**
- 9.1. Sport- und Freizeitzentrum Hufeisensee**
Vorlage: III/2004/04159

**zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 25.02.2004 und vom
24.03.2004**

Wortprotokoll:

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, bat um Korrektur: Es werde in der Niederschrift ausgeführt, dass zu seiner Anfrage zum Sponsoring in öffentlichen Einrichtungen der Stadt Halle entsprechende Antworten vorlägen. Richtig sei, dass nach wie vor keine Antworten auf diese Anfragen vorliegen. Im Amtsblatt solle entsprechend korrigiert werden, dass diese Anfrage nach wie vor nicht beantwortet worden sei.

Herr **Bönisch** meinte, die Niederschrift vom 24.03.2004 (TOP 8.1) enthalte eine Antwort, zumindest eine Reaktion auf die Anfrage, und das sei in der Regel eine Antwort. Nach kurzer Diskussion stellte er fest: **Es gebe also eine Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage, jedoch noch keine Antwort. Im Amtsblatt habe eine diesbezügliche Korrektur zu erfolgen.**

Er fragte, nach gegenteiligen Meinungen zu dieser Korrektur.
Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Die Niederschriften der 51. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 25.02.2004 und der 52. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 24.03.2004 (mit Korrektur) wurden in der vorliegenden Form genehmigt.

**zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
vom 24.03.2004**

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt eines in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlusses der 52. Tagung des Stadtrates am 24.03.2004 bekannt.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Bericht zum Arbeitsstand des Projektes PHÄNOMENA für das 1. Quartal 2004

Vorlage: III/2004/04099

Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.

Herr **Bönisch**: „Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5 und 5.1. – Bericht zum Arbeitsstand des Projektes PHÄNOMENA für das 1. Quartal 2004. Bitte, Frau Oberbürgermeisterin.“

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: „Ja, ich will nur einleitend ein paar Worte sagen, ansonsten würde ich darum bitten, dass der Herr Dr. Müller hier zu Wort kommen kann. Ich denke, dass wir das gemacht haben, was wir in unserem Beschluss festgelegt haben, nämlich Sie zwischenzeitlich um diese Zeit über den aktuellen Arbeitsstand zu informieren. Das ist der Inhalt des Berichtes. Es ist dargelegt, dass die Verwaltungsgesellschaft und die Verwaltung selbst im Prinzip die Dinge, die sie zu erfüllen hatte, gut vorangebracht hat. Das muss man so sagen, das ist ja alles erreicht worden. Es gibt inzwischen Interessenbekundungen aus der Privatwirtschaft zur Betreibung der Ausstellung, und wir haben auch eine leider heute nicht schriftlich vorliegende - sie ist uns angekündigt worden, aber wir werden sie erst morgen bekommen – eine Erklärung von Karstadt, dass sie das Parkhaus errichten und betreiben wollen, so dass man sagen kann, es gibt also rundherum Interessen, die das ganze Projekt ein Stückchen weiter stützen. Wir haben noch nicht beendet die schwierigen Verhandlungen mit dem Land, was die GA-Förderung angeht. Das ist ja auch ganz klar, weil natürlich auch dort die Voraussetzung daran geknüpft wird, dass die Finanzierung der Ausstellungsprojekte steht und dass ist ja – wie Sie gelesen haben – bisher noch nicht der Fall. Aber was mich ein bisschen ermutigt, hier weiterzudenken, ist die Tatsache, dass die GA-Projekte zurzeit gerade einer sehr intensiven Prüfung unterzogen werden, etliche Großprojekte aus anderen Städten inzwischen abgelehnt worden sind und wir zumindest weiter in der Begutachtung des Landes drin sind. Und ich denke, dass ist eine Situation, die wir jetzt durch unsere eigene Diskussion stützen sollten, damit es uns am Ende gelingt, zu diesen GA-Mitteln zu kommen. Denn eines steht fest: Wenn die Stadt Halle sich hier an irgendeiner Stelle negativ positioniert, freuen sich alle die im Lande, die mit ihren GA-Projekten auf der Liste stehen, weil es insgesamt nicht ausreichend GA-Mittel gibt und die werden sofort natürlich von anderen freundlich übernommen. Also, wir sollten auch aufpassen, was wir infrastrukturell für die Stadt tun, denn die Erschließung dieses Holzplatzgeländes ist ja für die Stadt auf alle Fälle eine äußerst nützliche Angelegenheit, die nicht nur dem Projekt Phänomena dient, sondern selbstverständlich auch einigen anderen Projekten in der Stadt.

Und man muss auch sagen, dass es zu der Altlastensanierung dort jetzt gekommen ist, das ist auch dem Schub dieses Projektes zu verdanken. Frau Balleyer bemüht sich darum, seit Mitte der neunziger Jahre diese Mittel für diese Altlastensanierung zu bekommen. Man bekommt die natürlich immer erst dann, wenn ein Projekt in Aussicht steht, das das an dieser Stelle auch notwendig macht. Und wir haben das jetzt erreicht, die Altlastensanierung ist ja jetzt gleich abgeschlossen. Also insofern denke ich, sind wir schon ein ganzes Stück vorangekommen. Trotzdem ist das Projekt nach wie vor natürlich ein äußerst kompliziertes, das sehe ich auch so, und wir brauchen den Fortgang und deshalb würde ich jetzt Herrn Dr. Müller bitten, darüber zu berichten, wie weit er gekommen ist.“

Herr **Bönisch**: „Frau Dr. Haerting, bitte.“

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion: „Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich muss jetzt mal fragen, ob wir nicht beschließen müssen, dass es Rederecht gibt, und ich möchte gleichzeitig meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass schon zum zweiten Mal in gleicher Sache gesprochen wird. Wir haben ja den Bericht eigentlich auch vorliegen, aber das ist natürlich Ihre Entscheidung und ich möchte drum bitten, dass wir Stadträtinnen und Stadträte nicht vergessen, dass nicht Weihnachtszeit ist und dass wir nicht wie kleine Kinder vor schön beleuchteten Schaufenstern von Spielzeugläden stehen, sondern dass wir sehr wohl die Machbarkeitsstudie und ihre Ergebnisse und die inzwischen fehlenden oder eben mangelhaft vorliegenden Ergebnisse im Hinterkopf behalten bei der Beurteilung dessen, was wir jetzt hören werden.“

Herr **Bönisch**: „Sie haben völlig Recht, Frau Dr. Haerting. Wir müssen die Abstimmung darüber treffen, ob Herr Dr. Müller das Rederecht bekommt. Gibt es dazu anderslautende Meinungen? Wortmeldungen überhaupt? Das ist nicht der Fall? Wer dem Rederecht für Dr. Müller für diesen Punkt zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Danke, das ist eine klare Mehrheit. Ich sehe jetzt auch keine anderen Wortmeldungen. Herr Dr. Müller, Sie haben jetzt das Wort. Sie können wählen, ob Sie lieber am Pult stehen möchten oder lieber an einem frei stehenden Mikrofon.“

Herr **Dr. Müller**: „Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Höflichkeit, dass ich hier sprechen darf, weil ich so weit hergekommen bin und auch für Ihre Zustimmung und möchte mich auch bedanken bei verschiedenen Persönlichkeiten in Halle, die sehr mithelfen, dass wir diese Aufgaben, die wir zu erledigen haben, speditiv und aufgrund von aktuellen Fakten erledigen können. Das ist Herr Dr. Franke von der Wirtschaftsförderung, Herr Walter und vor allem möchte ich auch Herrn Ingenieur Jens Lohse erwähnen, der eigentlich unentwegt für uns Pfade und Wege bereitet. Er hat mir vor zwei Tagen telefoniert und hat gesagt, ‚Ja, wenn Sie dann kommen, die Sache steht auf der Kippe‘, und es hat mich eigentlich nicht so erschreckt, dass das auf der Kippe steht, denn ein Projekt, vor allem ein kompliziertes Projekt, muss ja Phasen durchlaufen, wo eben diese Kippe vorhanden ist. - Eigentlich nur die langweiligen Vorhaben, die können diese Extremsituationen, oder die heiklen Situationen umschiffen. Ich versuche natürlich, zusammen mit jetzt sieben Mitarbeitern, dreieinhalb sind fest und dreieinhalb sind freischaffend, das Projekt so zu installieren, weiter zu entwickeln, dass diese Labilität, die – wie gesagt – dazugehört, dass die sich festigen kann. Ich höre oft den Vorwurf, oft werden wir durch Herrn Lohse dann konfrontiert, seit dem August sind Sie dabei, noch kein Euro in der Kasse. Da stimmt wohl etwas nicht? Und das muss ich zwei Dinge präzisieren: Wir sind seit dem Dezember dabei, seitdem wir von der EVG beauftragt worden sind, diese Projektentwicklung voranzutreiben und Sie haben ja damals Ende August das grüne Licht für Verhandlungen zwischen EVG und dem Zürcher Forum gegeben. Also, es ist nicht so lange her, trotzdem wäre es natürlich sehr schön, wenn ich jetzt heute sagen könnte mit einer gewissen Dramatik, wie viel Millionen schon da sind und wie viel Millionen sind nicht da. Wir sind- es ist ein Prozess, wir arbeiten daran. Wir haben einen interessanten Kontakt unter fünfzehn, wo wir sehen, dass sich etwas realisieren kann. Wenn es jetzt plötzlich heißen würde, die Sache wird gesperrt, dann erreichen wir eine Unsicherheit und dann könnte auch so eine positive mögliche Geldgeberin misstrauisch werden. Was für uns interessant ist, also beim Zürcher Forum, wir haben uns ja fest entschlossen, diese Phänomene auf das Jahr 2006 hier zu eröffnen. Man muss - man muss innerlich Ja sagen dazu, auch wenn wir jetzt schon sehen, dass die Finanzen allein schon für unsere Bemühungen zurzeit gar nicht vorhanden sind. Also das ist auch ein Risiko, das wir bewusst eingehen, weil wir nach verschiedenen Erwägungen und längeren Überlegungen zum Schluss gekommen sind, dass es richtig interessant ist, gerade für die Stadt Halle, dass die Phänomene von hier aus ausstrahlen kann. Diese vermeintliche Rivalität zwischen Phänomene und Residenz ist überhaupt keine.“

Ich habe mit Professor Grecksch eingehend darüber gesprochen, und ich schätze das Ausstellungsgut der Universität, das da in der Residenz vorgestellt werden soll, sehr. Das lässt sich kombinieren, nicht aus Opportunität, aber alleine mit diesem, so wertvoll die Gegenstände auch sind, so historisch bedeutsam, können sie keinen Besucherbetrieb gestalten. Das ist eine museale Angelegenheit, die braucht eine gewisse Ergänzung, einen Kontext, und ich glaube, den können wir auch liefern. Was wir versuchen, mit dem Konzept Phänomene, es geht ja jetzt nicht darum, einfach hundert Geldbriefe zu schreiben, vielleicht sind es am Schluss hundert gewesen, sechzehn sind bereits postalisiert, das geschah vor zwei Monaten, sondern wir müssen eine Basis schaffen, wo der mögliche Geldgeber und auch Bundes- und Landesstellen überzeugt sind, dass das Geld hier, das knappe Geld hier, so investiert werden kann, dass wirklich ein großer Gegenwert zustande kommt. Und diesen großen Gegenwert kann ich Ihnen nicht versprechen, ich kann Ihnen nur sagen, dass wir das anstreben. Die Ausstellung Phänomene ist eigentlich nicht nur das, was die Firma Wenzel in ihrer Machbarkeitsstudie aufgelistet hat. Es ist nicht nur der Ausgangspunkt von der dieser Machbarkeitsstudie, sondern wir haben ganz deutlich gesagt und arbeiten auch daran, dass neben dem klassischen Phänomene-Teil, wo die Grundkenntnisse die elementaren Gesetzmäßigkeiten der Erscheinungswelt erfahrbar dargestellt werden, wo daran manipuliert werden kann, sondern wir möchten auch den Forschungsplatz Deutschland mit einbeziehen und wie – Sie haben den Bericht gelesen, wenn Sie ihn gelesen haben, wir freuen uns, dass wir eine allererste Figur als Helfer für diese Aufgabe interessieren konnten, das ist der Nobelpreisträger Trinzing (?), Direktor von einem Max-Planck-Institut in Stuttgart – vom größten Max-Planck-Institut. Die anderen großen Forschungsinstitute Deutschlands, die privaten Forschungsinstitutionen, beteiligen sich auch. Wir sind auch dabei, die Hochschulen, die Martin-Luther-Universität hat uns zugesagt im Bereich Physik, wir arbeiten daran, dass Hochschulen, Fachhochschulen, Universitäten in verschiedenen Bundesländern sich hier engagieren. Und wir tun dies aus zwei Gründen: Erstens möchten wir ein Angebot organisieren und auf die Beine bringen, auch den Holzplatz zur Darstellung bringen. Das ist aus gesamtdeutscher und vielleicht auch europäischer Perspektive inhaltlich aktuellst und zum Zweiten möchten wir versuchen, wie wir das in der Präsentationsbroschüre erwähnt haben, ein **Ph** zu schaffen zum Deutschen Museum. Und damit ist die Phänomene in Halle, wenn das gelingt, nicht ein Lokalereignis, nicht nur ein Lokalereignis, sondern es ist etwas, ein Angebot, das sich an das Bildungswesen aller deutschen Bundesländer richtet. Der Professor Klinzing (?) ist engagiert beim Deutschen Museum und er hat zur Bedingung gemacht für seine Mitarbeit, dass er, dass da auch das Deutsche Museum mit einbezogen wird. Das ist keine Bedrohung, sondern das ist ein – das ist ein sehr interessantes Angebot, dass man sich gegenseitig abstimmt. Und bei Deutschen Museum, das hatte deshalb so großen Erfolg, viel mehr Erfolg als wir je uns quasi vorstellen wollen für Halle, mit zwei Millionen Besucher pro Jahr, weil sie die Entwicklungsgeschichte der Technik dokumentieren anhand von ganz hervorragenden Exemplaren und sie haben jetzt auch ganz neu eine Abteilung für Kinder eröffnet, wo das – die Interaktion auch noch zur Geltung kommen soll. Aber auf der einen Seite die Entwicklungsgeschichte der Technik, auf der anderen Seite sozusagen das Alphabet, die Grundlage der Naturwissenschaften ergänzt durch moderne Forschung und Entwicklungsmöglichkeiten. Wenn ich Ihnen vielleicht im Herbst wieder berichten darf oder schriftlich oder mündlich, dann werden zu diesen Menschen, die ich jetzt zahlenmäßig kurz erwähnt habe, diese sieben, die voll dabei sind, da werden es vielleicht siebzig sein. Nicht weil wir auf hohe Zahlen es abgesehen hätten, sondern weil der Beziehungskreis sich in dieser Zeit, in der Zeit unserer Tätigkeit, erweitert, erweitert hat und erweitern wird. Auch das überregionale möchten wir auch überall dort zur Geltung bringen, wenn es zum Beispiel um die Energiefrage geht, um die Gentechnik, um die Biologie. Dann möchten wir das mit Menschen und Instituten, mit Forschung bearbeiten, die wirklich quasi auf der Höhe ihres Faches sind und Beiträge einbringen, die nicht der erstbeste Besucher durch kritische Äußerungen quasi paralysieren kann. Ein einziges Beispiel in Sicht auf dem Forschungsgebiet: Wir wurden immer wieder von Halle gefragt, von der Firma Obermeyer, von Herrn Lohse, von anderen Persönlichkeiten: Was kann man mit dem Gasometer machen?

Und der Gasometer ist das einzige Gebäude auf dem Holzplatz, das uns von Anfang an sehr fasziniert hat. Die anderen Häuser sind so wie sie jetzt überall auch anzutreffen sind, aber ein Gasometer in diesen freundlichen Proportionen und auf Back – mit der Backsteinummantelung, das ist ein interessantes Gebäude. Und ich habe mal Frau Oberbürgermeisterin Häußler gefragt, was sie dazu meint, ob sie einverstanden wäre, wenn ich den einen oder anderen Architekten fragen würde, ob er ein Vorprojekt der Stadt Halle schenken würde. Ich habe drei Briefe geschrieben an Sir Norman F... der Mann, der den Reichstag gestaltet hat, an Jean Luwell (?) in Paris und an Herzog und ... in der Schweiz. Und For...? und Luwell ? haben gearbeitet, haben nicht zugesagt, aber waren bereit, die Sache zu diskutieren. Parallel dazu habe ich noch einen anderen Weg eingeschlagen, das ist ein ganz junger Architekt aus Ghana, er ist erst achtunddreißig Jahre alt, lebt in London, hat aber in der sehr kurzen Zeit und im jungen Alter ganz hervorragende Projekte geplant, Wettbewerbe gewonnen und auch schon erste Bauen realisiert. In der „Zeit“ –Nummer ...ist ein Beitrag von ihm, man kann auch in der New York Times über ihn lesen und in anderen Zeitungen. Ich habe ihn besucht und war sehr überrascht auf seine Antwort zum Gasometer. Dass er eben von Anfang an einen Weg eingeschlagen hat, das Gebäude praktisch kaum anzutasten, dass es in seiner Art weiter existieren soll und dass er durch einen Sockelbau – ein Sockelbau ist ja jetzt schon vorhanden im Gelände – äh – versucht, die Infrastruktur, die für einen betriebenen Gasometer notwendig ist, unterzubringen. Das Projekt ist erst vor zwei Tagen angekommen. Ich bin ganz überzeugt, dass dieser Architekt David Etchey (?) er hat auch den Auftrag bekommen, in das Nobelpreiskomitee ein Gebäude zu konzipieren, dass der seinen Weg macht und dass das für Halle, wenn wir den Gasometer mit ihm realisieren könnten, ein Highlight sein würde. Leider ist die – ist die Sache erst kürzlich eingetroffen, aber Herr Lohse hat eine Dokumentation, die er sehr Interessierten zeigen kann. Also, wir machen gerne weiter und sind uns bewusst, dass Ihr Vertrauen, das Sie dem Zürcher Forum Ende August letzten Jahres ausgesprochen haben, dass wir damit nicht leichtfertig umgehen und ich hoffe sehr, dass ich Ihnen in absehbarer Zeit auch Vorschläge für die Finanzierung und positive Resultate unterbreiten kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr **Bönisch**: „Dann vielen Dank, Herr Dr. Müller. Gibt es Wortmeldungen? Frau Professor Vent, bitte.“

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion: „Und jetzt noch Fragen an Herrn Müller stellen oder ist das jetzt mehr irgendwie, wie, wie einer, wenn er nach Wortmeldungen fragt, also?“

Herr **Bönisch**: „Ich denke schon, natürlich ist das, wir diskutieren diesen Punkt, auch wenn wir keinen Beschluss dazu fassen. Und da müssen auch Fragen gestellt werden können, na selbstverständlich, bitte.“

Frau **Prof. Vent**: „Also wir haben ja das Ziel 2006 zu eröffnen, das heißt in zwei Jahren. Herr Müller, Herr Dr. Müller wäre es möglich, dass ich Ihnen noch eine Frage nach stelle?“

Herr **Dr. Müller**: -

Frau **Prof. Vent**: „Also meine Frage zielt dahin, also wir wissen ja, wie aufwändig solche Ausstellungsprojekte sind und es sollte ja 2006 eröffnet werden, das heißt, also wenn man rechnet, sechs Monate braucht man für den Bau solcher Projekte, wenn man Auswertung Vergabe und Einholung von Angeboten, da kann man gut drei Monate rechnen und die Erfahrung zeigt, dass also ein halbes Jahr für eine Ausführungsplanung solcher Ausstellungenskonzeptionen locker gebraucht werden. Das heißt, ein und ein viertel Jahr gehen mindestens drauf, um dieses Projekt umzusetzen. Wenn ich das zurückrechne, haben wir jetzt noch neun Monate Zeit, um das Geld wirklich zu kriegen. Und wenn ich mir überlege, dass im Prinzip vor acht Monaten der Stadtratsbeschluss war und im Prinzip noch keine Zusagen finanzieller Natur vorliegen, sind natürlich neun Monate, die uns da

verbleiben, um irgendwie das Ziel zu erreichen, 2006 zu eröffnen, sehr kurze Zeit. Ist das denn überhaupt realistisch, dass wir 2006 da zum Ziel kommen? Das wäre die Frage.“

Herr **Dr. Müller**: „Ja, es ist knapp realistisch. Man kann das mit gutem Willen, Fantasie und viel mit Ihrer vollen Unterstützung der Unterstützung anderer Kreise kann das den Termin einhalten. Wenn solche, die Kritik, die aus Ihrem Kreise immer wieder laut wird, die schätzen wir sehr. Das ist also nicht so, das ist nicht ein störendes Element, sondern das ist mit ein Ansporn, um die Gegenargumente gut zu begreifen. Aber wenn da plötzlich von Seiten von politischer Seite aus Halle eine Schirmherrin, die uns sehr wertvoll war, die ...? durch irgendwelche Mitteilungen, die nicht einmal ganz stimmen, abspenstig gemacht wird oder wenn plötzlich in der Zeitung steht, Phänomene werde gesperrt, dann ist das nicht sehr förderlich. Also, in dem Sinn wäre ich froh, wenn die Kritiker in den nächsten sechs Monaten, wo die Würfel weitgehend fallen werden, uns auch unterstützen. Sie können weiter kritisch sein, aber das wir eine Linie verfolgen können. Wir haben, um den Zeitraum einzuhalten, für die Hauptbauten, für die Zeltanlagen eine europäische Ausschreibung gemacht. Man kann das auch, wenn der Bauherr noch nicht fest... und diese Resultate werden Anfang Mai eintreffen und da – werden ausgewertet. Das ist ungefähr ein Drittel des Ausstellungsbudgets. Für den Bambusdom haben wir die Pläne. Also es ist eigentlich alles so, dass wir zeitlich eine Chance haben, gut durchzukommen. Das ist bei den Ausstellungen der nächste Moment immer der turbulenteste ist, das wird auch da so sein. Aber wenn wir jetzt ein Jahr mehr Zeit hätten, ob das dann auch noch viel besser wäre, das weiß ich nicht. Im Gegenteil, es ist schön, jetzt das auf Frühjahr 06 zu fokussieren und das auch als ein Beitrag zu Ihrer Zwölfhundert-Jahrfeier zu präsentieren.“

Herr **Bönisch**: „Vielen Dank. Frau Wolff, bitte.“

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion: „Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich frage jetzt Herrn Müller nur zu seinem Tätigkeitsbericht, der auf der letzten Seite abgeheftet ist und ich auch jetzt in dem Bericht nicht raushören konnte, was konkret dann geplant ist. Und Sie schreiben hier im letzten Satz: ‚Festzuhalten ist, dass das Projekt für Halle wesentlich umfangreicher als das ursprüngliche Phänomene-Konzept vor allem durch die Erweiterung auf die Themenbereiche Forschung und Entwicklung.‘ Könnten Sie zu diesem Punkt einfach noch mal was sagen?“

Herr **Dr. Müller**: „Ich bemühe mich, etwas zu sagen, ohne mich zu wiederholen. Ich wollte vorhin ausführen, aber das ist mir offenbar nicht gelungen, dass eigentlich die Basis der Naturwissenschaften, das ist eine Kenntnis, ein Verständnis, ein Erleben der Grundgesetze. Und was damit gemacht wird und damit gemacht werden kann, das ist etwas, für das sich der Bürger immer mehr interessieren muss. Es geht nicht darum, eine, eine Technikfreundlichkeit oder eine Forschungslobby aufzubauen, sondern die Möglichkeit der Bürger auch in solchen Entwicklungsfragen ernst zu nehmen. Also wir wollen zeigen, was zum Beispiel das Fraunhofer Institut sich seine Einrichtung mit etwas achtzig Forschungsstätten in ganz Deutschland, eines in Halle, die dürfen an einem Projekt nicht länger als zehn Jahre arbeiten. Das heißt in zehn Jahren muss das zu machen sein bekommen und in die Produktion, in die Nutzbarkeit einfließen. Aber was daraus für die Bürgerinnen und Bürger als nutzbar und positiv aufgefasst wird, das soll ja keine Überraschung sein, sondern eine solche Ausstellung hilft mit, auch der Jugend eine frühe Urteilsbildung quasi in sich zu festigen. Und auch eine Kompetenz, weil die Dinge, die ja dann auf die Welt kommen, die das sind die Faktoren, die unsere Zukunft bestimmen. Also in dem Sinn ist das Ganze auch eine ökologische Angelegenheit, eine Angelegenheit, wo das Bewusstsein der Allgemeinheit nicht für politische, aber für naturwissenschaftliche und technische Vorgänge geschärft werden soll. Ist das ungefähr oder nicht ganz? Ich schreibe Ihnen mal einen Brief, ja, wenn ich die Adresse habe, ja?“

Herr **Bönisch**: „Herr Dr. Köck, bitte.“

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion: „Meine Damen und Herren, für ein Projekt wie Phänomena, wenn es einmal als Grundsatz beschlossen worden ist hier vom Rat, brauch natürlich auch eine gewisse Zeit, zumindest das Vertrauen, um die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Denn wenn wir hier sagen würden, wir geben – wir setzen eine Frist, bis wann die entscheidenden Weichenstellungen gelungen sein müssten, dann hätte ich Verständnis dafür. Aber hier wird doch bei der ersten Minute, liebe Kolleginnen und Kollegen von der HAL-Fraktion, vorher das Projekt als nicht gut empfunden und es wird nicht konstruktiv begleitet. Ich höre nur immer, dass – also was alles nicht geht und kein konstruktiver Vorschlag, wie man vielleicht aus den Schwierigkeiten herauskommen könnte. Das würde ich mir also vorstellen. Wenn es dann nicht klappt, dann hat man wenigstens alles versucht. Auch die Mittel, die bewilligt sind, nicht so leicht durch Eigenaktivitäten zu untergraben, sondern dafür zu sorgen, dass diese zweihunderttausend oder wie viel tausend Euro doch im Sinne der Stadt letztendlich nachher zur Wirkung kommen. Und wenn es stimmen sollte, was Herr Dr. Müller gesagt hat, dass man also Hauptsponsoren oder eventuell Leute, die die Schirmherrschaft übernehmen würden, letztendlich beeinflusst, dass sie ihre Zusage zurückziehen und im Anschluss darauf demjenigen, der das macht, vorwerfen, dass er keine – äh – keine Schirmherren und keine Sponsoren gewinnt, dann finde ich das doch zumindest dann etwas doppelbödig.“

Herr **Bönisch**: „Frau Dr. Wünscher, bitte.“

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion: „Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte noch mal unsere Position darstellen: Wir haben diesen Beschluss hier zugestimmt. Dann gab es einen Zeitplan in dieser Vorlage, wann Bericht erstattet wird, was abzufragen ist und Ähnliches. Jetzt möchte ich eine Sache erst mal an die Verwaltung richten: Dass Sie glauben, dass automatisch diese Sperre aufgehoben wird, bloß weil sie irgendeine Antwort auf unsere Fragen gegeben hat, das verwundert mich ein bisschen. Denn wir haben sehr konkrete Fragen gestellt und wir wollten sehr wohl wissen, wie auch die finanziellen Zeitschienen in diesen Vereinbarungen, die hier gegeben waren, uns auch immer vorgestellt wurden, nahegebracht wurden, wie die eingehalten worden sind. Und das kann ich bislang nur erkennen, dass die Stadt Halle ihre Verpflichtungen eingehalten hat. Und das alles das, was wir an Zusagen Land, Tourismus, Zürcher Forum, Akquirierung von Mitteln, dass ich das alles nicht erkennen kann. Und ich finde, dass ich schon ein Grund, mal vier Wochen oder vielleicht auch acht darüber nachzudenken und das ist noch mal unser Grund gewesen, hier zumindestens mehrheitlich dem Dringlichkeitsantrag nicht zuzustimmen, weil wir sehr wohl wissen, dass natürlich, dass nicht alles linear läuft. Und dass man auch einen Zeitvorsprung braucht, um dann ganz langsam bestimmte Prozesse in Gang zu bringen, die dann vielleicht, wenn es gut läuft, zur Erfüllung des gewünschten Ergebnisses führen. Aber trotzdem möchte ich jetzt doch noch mal eine Zahl in den Raum stellen. Es geht hier nicht um eins, zwei oder drei oder zehn Millionen, es geht darum, dass, wenn dieses Projekt überhaupt realistisch sein soll, auch vom Zürcher Forum, dass 33,1 Millionen an Fördermitteln aufgebracht werden müssen. Diese Zahl ist – die steht im Raum. Das sind Gelder, die einzuwerben sind, damit diese Ausstellung realistisch ist. Und wenn Sie uns zum heutigen Zeitpunkt einen, einen Bericht schreiben, aus dem zu erkennen ist, dass eigentlich kein einziger Euro eingeworben ist, dann ist zumindestens der Zeitpunkt gekommen, wo man sich mal wundern kann. Und wo man auch mal hinterfragen kann, wie das funktionieren soll. Und ich mein, Sie habe gerade gesprochen von den komplizierten Verhandlungen, um die GA-Mittel zu bekommen. Oder von den komplizierten Verhandlungen, um die Gelder aus der Tourismusförderung zu bekommen. Aber ich mein, dass ist ja alles eng miteinander verknüpft und verzahnt. Und der eine sagt, dass sind die Voraussetzungen, wenn wir – und so weiter und so fort. Das wissen wir alles. Aber bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es wirklich keine zuverlässigen Zusagen. Außer dass die Stadt Halle die Gelder, die sie zugesagt hat, ausgereicht hat. Das möchte ich hier noch mal feststellen. Danke.“

Herr **Bönisch**: „Frau Professor Vent, bitte.“

Frau **Prof. Vent**: „Meine Frage wäre jetzt eigentlich in ´ne ähnliche Richtung gegangen, es wäre, denke ich, sehr hilfreich zu wissen, wann für Sie der Punkt gekommen ist, wo man sagen, wir können die Mittel einwerben oder es klappt. Also wir müssen ja irgendwie mal sagen: Bis zum dem und dem Punkt probieren wir, die gigantische Summe aufzutreiben. Und wenn´s nicht klappt, ist es schade, dann hat es eben nicht funktioniert. Aber gibt es denn da irgendwie einen Termin, wo wir sagen, den setzen wir uns jetzt als Stichtag und , wie Frau Dr. Wünscher ja schon sagte, bisher hat es ja noch nicht so viel gebracht und Schirmherren bringen ja bekanntlich auch kein Geld, sondern nur gute Worte. Wie sieht denn da der Zeitplan aus?“

Herr **Bönisch**: „Vielleicht gleich Frau Wolff noch, aber als Schluss.“

Frau **Wolff**: „Ja, ich hatte ja auch Anfragen an die Verwaltung gestellt und zwar im Finanzausschuss, die ich für meine Verhältnisse nicht beantwortet bekommen habe. Zum Beispiel finde ich – wie wollen Sie erklären, also ich hab zirka zehn Millionen Euro gesagt, da gibt es ein Viertel Abspann, das nur 8,5 Millionen sind, das ist ja eigentlich egal. Woher sollen diese Mittel denn tatsächlich kommen? Ich konnte das weder im Bericht der EVG sehen noch in Ihrer Beantwortung, Frau Häußler, und dann kann ich nicht verstehen, wieso eine Kostenermittlung, die uns erst vorgelegt wurde, jetzt um Millionen höher ist als wir sie in der Stadtratsvorlage vorgelegt bekommen haben. Dann die GA-Mittel – wurden hier schon angesprochen. Und was mich auch verwundert hat, das habe ich ja auch angefragt, und Sie haben mir ja jetzt gesagt, Sie werden im Finanzausschuss einen Beschluss vorlegen, dass per Informationsvorlage einfach ein Beschluss eines Fachausschusses aufgehoben werden soll. Das ist eigentlich ein Unding.“

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: „Also, dass könnte ja kein...“ (Unterbrechung auf dem Band)

Frau **Wolff**: „Noch eine Frage habe ich völlig vergessen. Ich habe ja nach den Schirmherren auch gefragt, Herr Müller, und da, wenn ich die Antwort lese, dann ist nur ein einziger Professor bereit, dieses Projekt nicht nur moralisch zu unterstützen, sondern auch Mittel zu aktivieren und alle anderen eher nicht, wenn die Antwort, die ich jetzt so bekommen habe, so stimmt.“

Frau **Häußler**: „Also, Frau Wolff, wenn Sie mit den Antworten der Verwaltung nicht einverstanden sind, dann müssen wir da nacharbeiten. Da müssen Sie noch mal sagen. Also, kann ja hier aufgenommen werden, was Sie da genauer wissen wollen. Was den Finanzausschuss angeht, war das eine Frage an den Stadtrat. Wenn Sie sagen, mit dem Bericht ist das nicht erledigt, wir haben die Vorlage ja vorbereitet für den Finanzausschuss, kommt zum nächsten Finanzausschuss. Herr Dr. Müller sollte noch mal zu Wort kommen können zu dem Thema, wie er sich das mit der weiteren Einwerbung vorstellt.“

Herr **Dr. Müller**: „Zwei Fragen stehen im Raum. Eine einfache, die ich schnell beantworten kann, deshalb mache ich das zuerst. Frau Wolff, es ist natürlich nicht so, dass unter diesen achtzehn Schirmherren niemand etwas macht außer Herrn Trinzling. Schirmherrschaft ist ja nicht in erster Linie ein Aufruf, sich aktiv zu beteiligen, aber Professor Raabe ist mit bereit, engagiert sich für die Finanzierung. Es sind zwei Journalisten dabei, ein zweiter ist dazugekommen vom Deutschen, vom Zweiten Deutschen Fernsehen. Also das ist denen ganz klar, dass der Tag, wo sie uns publizistisch unterstützen müssen, aber das jetzt Herr Genscher uns noch mit der Forschung mithilft, an das denkt ja wohl niemand. Wir haben eine ganze Reihe hervorragender Forschungspersönlichkeiten, auch diejenigen, die hier in Halle tätig sind, die sich zu einer Mitarbeit bereits fest entschlossen haben. Also da können Sie ganz sicher sein, da wird viel zusammenkommen.“

Mit dem Zeitpunkt: Wie soll man das planen? Ein Kind kann man vielleicht planen, weiß dann, wann es auf die Welt kommt und kann sich freuen und dass ist schon ein bisschen schwierig. Man muss es eigentlich umgekehrt sehen: Wann ist der Zug abgefahren? Und ich würde sagen, wenn das Geld erst – äh – in einem Jahr kommen würde, dann wäre die Sache äußerst gefährdet. Es ist ja eine - ein, ein Seiltanz, das überhaupt alles voranzutreiben, ohne große Verbindlichkeiten einzugehen. Das ist heute noch möglich. Aber ich würde denken, dass wir, so wie es da auf der Homepage bei uns steht, dass wir spätestens im Herbst, September schon erste Resultate haben. Wenn es früher ist, werden wir Ihnen das mitteilen, und ich denke, wenn es auch in Anführungszeichen einmal nur zehn Millionen wären, stellen Sie sich vor, zehn Millionen geschenkt für die Stadt Halle – das geht ja nicht an das Zürcher Forum, bei einem Einsatz 385 Millionen. Es sind eigentlich zwei sehr exotische Momente in dieser ganzen Geschichte der Phänomena-Halle. Das eine Exotische ist Ihr Mutssprung, dass Sie überhaupt das Vertrauen hatten, dem Zürcher Forum so einen Kredit über die EVG zur Verfügung zu stellen. Aber das andere, das kommt eigentlich nie zur Sprache und ich will, will es nur mal ganz kurz erwähnen: Das eine Einrichtung, die sich im Ausstellungswesen auch mit großen Ausstellungen bereits bewährt, sich auf eine solche Basis einlädt, einlässt, und solche Risiken auf- aufnimmt, das könnte ich Ihnen halt mal auch einmal darstellen. Aber es reizt uns, es ist interessant, es liegt ein Nadelöhr vor und wenn wir da durchkommen, dann haben wir etwas, über das sich auch die werten Damen, die das auch mit Recht heute noch kritisieren, ganz bestimmt freuen werden.“

Herr **Bönisch**: „Herr Godenrath, bitte.“

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion: „Ganz kurz noch mal auf die Thematik der gesperrten Gelder. Also ich gehe natürlich davon aus, die Verwaltung hat ja auch heute mit der Anfrage von Frau Wolff eine Beschlussvorlage für den nächsten Finanzausschuss eingereicht und da ist ja erst beantragt, dass die Gelder, die gesperrt sind, aufgehoben, also praktisch die Sperre freigegeben wird. Also ich gehe nicht davon aus, dass das in einer Mitteilung per(Satz erledigt werden kann. Und da die Verwaltung selber die Vorlage einreicht, denke ich mal, können wir das Thema wohl zu ad acta legen. Das dies natürlich dort im Finanzausschuss nur erfolgen kann. Und dann habe ich noch mal eine zweite Frage an Herr Dr. Müller und zwar noch mal zu dem Hauptteil: Ich hab das nicht so richtig verstanden. Es steht ja auch in der Vorlage drin, dass Sie praktisch eine Ausschreibung für diese Großprojekt mit 11,6 Millionen Umfang, Euro Umfang, – getan haben, eine europaweite Ausschreibung, wo Sie bis Mitte Mai eben dementsprechend eine Auswertung erwarten. Aber erste Offerten werden vor dem 28. April, also praktisch vor dem heutigen Tag, vorliegen, steht zumindest hier in der Vorlage. Da ist meine Frage also erst mal, ob Sie mir das noch mal erklären können, wie die Ausschreibung aussieht. Also, haben Sie das jetzt ausgeschrieben, obwohl Sie ja die Finanzierung noch nicht haben oder in welcher Form das, welchen Sinn diese Ausschreibung hat, das kam ja jetzt nicht ganz rüber. Und die zweite Frage: Liegen denn solche ersten Offerten schon vor, wie das hier in der Vorlage angekündigt wird?“

Herr **Dr. Müller**: „Gut, also die Ausschreibung dient der Kostensicherheit, Das waren ja Annahmen, das war nicht gerechnet, Und, wie ich gesagt habe, sind die Zeltanlagen eigentlich der größte Posten. Und, wenn Ausschreiben, muss es ja europäisch ausgeschrieben werden. Und das haben wir gemacht. Und das haben wir mit Luxemburg, mit dieser Fachstelle, genau abgesprochen. Das ist korrekt gelaufen. Auch wenn der Bauherr heute noch nicht feststeht, kann man das trotzdem machen, denn es wird nicht teurer, wenn das die Stadt Halle macht oder die EVG oder billiger, das tut nichts zur Sache. Unsere Frist war 20. April. Dann haben zwei Unternehmungen um eine Fristverlängerung gebeten. Und wenn Sie jemandem in so einer Ausschreibung eine Verlängerung geben, müssen Sie es allen geben. Also, wir haben dann die Verlängerung noch mal überall bekannt gemacht. Und ich glaube, es ist um den 10. Mai, wo das jetzt rein kommt. Die Auswertung ist keine allzu große Sache, denn am Schluss steht ja ein Totalbetrag.

Wir haben diese Zeltanlage, die sind – nur ein technisches Detail – wenn sie aus Teflonbelag sind, das ist ein Belag, der vielleicht 40 Jahre hält, etwa dreimal so teuer, also die Haut, als wenn das im konventionellen Sinn mit Polyester gemacht wird. Aber da haben wir auch eine Möglichkeit, mit den Kosten uns noch beweglich zu zeigen. Es sind 31,8 Mio in unserem Budget, total, ja. Ist Ihre Frage beantwortet, so?“

Herr **Godenrath**: „Verstehe ich das richtig, Sie haben praktisch eine Ausschreibung gemacht, um festzustellen, welche eventuellen Kosten oder wie weit man mit diesen Kosten, ich sage einmal, noch variabel umgehen kann, weil der eine Anbieter eine andere Zahl nennt wie der andere, aber letzten Endes kann es immer noch daran selbstverständlich scheitern, dass Sie zu den Anbietern sagen müssen, okay, sie haben das uns dargelegt, aber uns fehlt das Geld, und deshalb können wir das nicht vergeben. So verstehe ich das doch oder?“

Herr **Dr. Müller**: „Genau so ist es in jedem Fall, auch wenn eine Stadt ausschreibt. Aber es hat noch den zweiten Effekt, wenn wir im September mit der Finanzierung so weit gekommen sind, dass wir solche Aufträge vergeben können, haben wir bereits die Offerten. Und das war für die Ingenieure, die das gemacht haben, war das eine Arbeit von mehreren Wochen. Und nach HOAI-Prozenten würde so eine Ausschreibung fast so viel kosten, wie Sie an Mitteln dem Zürcher Forum zugesprochen haben.“

Herr **Bönisch**: „Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Es gab vorhin einmal Ansätze, hier in der Vorlage dies oder jenes zu streichen. Aber da wir überhaupt keinen Beschluss fassen, brauchen wir auch nichts zu streichen. Also, die Vorlage ist nur zur Information mitgegeben und protokolliert werden wird das, was hier diskutiert worden ist. Insofern, denke ich, sollten wir uns weiteren Aktivitäten bezüglich des Papiers enthalten. - Frau Wolff, Sie haben zum Thema schon zweimal gesprochen. Es ist – wir haben Tagesordnungspunkte und da gibt es ein Rederecht zweimal, und ein drittel Mal gibt es manchmal, aber heute mal nicht. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir den Tagesordnungspunkt für heute abschließen mit herzlichem Dank an Herrn Dr. Müller.“

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Verwaltung zum Arbeitsstand 07.04.2004 zur Kenntnis. Grundlage der Fortsetzung der Tätigkeiten durch die Verwaltung und die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH bilden der Stadtratsbeschluss vom 27.08.2003 und dieser Bericht mit dem Ziel, die Ausstellung „PHÄNOMENA“ im Jahr 2006 in Halle zu eröffnen.

zu 5.2 Umsetzung der Akquisitionsinstrumente zur verstärkten Vermarktung der Landesheilanstalt Halle (LHA) im Wissenschafts- und Innovationspark Halle (WIP)
Vorlage: III/2004/03993

Wortprotokoll:

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, stellte den **Änderungsantrag**, den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt 3 zu ergänzen: ***Die Wirtschaftsförderung bezieht den Arbeitskreis „Landesheilanstalt“ in den Vermarktungsprozess ein. Es werden in regelmäßigen Entwurfspräsentationen aller Konzeptinhalte die Ideen und Anregungen des Arbeitskreises integriert.***

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** versicherte, dass die Verwaltung den Arbeitskreis einbeziehen werde. Das könne jedoch nicht beschlossen werden, das sei Verwaltungshandeln. Dass der Arbeitskreis in die Beschlussfassung einzubeziehen sei, könne nicht beschlossen werden. Die Mittel stelle der Stadtrat der Verwaltung zur Verfügung, um bestimmte Dinge zu machen; es könne nicht sein, dass sachverständige Interessenten zu Stadträten bzw. zu Verwaltungsangestellten erklärt werden und über diese Mittel mit bestimmen.

Sie schlage vor, dass die Wirtschaftsförderung die Entwürfe, sobald sie zur Verfügung stehen, dem Arbeitskreis vorstellt.

Herr **Bönisch** bat Frau Prof. Vent um eine schriftliche Fassung des Ergänzungsantrages.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erinnerte an den Kompromissbeschluss des Stadtrates, kein zusätzliches Geld dafür auszugeben. Alle bisherigen Aktivitäten, dort eine Vermarktung herbeizuführen, seien bisher erfolglos gewesen. Vor diesem Hintergrund sollte man dieses Geld nicht bewilligen. Dafür werde seine Fraktion stehen, dort solle kein Geld mehr ausgegeben werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung Ergänzungsantrag Stadträtin Prof. Vent: mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmungsergebnis Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gab zu Protokoll, dass die Wirtschaftsförderung tun werde, was beantragt worden sei.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, fragte, wie diese Aussage der Oberbürgermeisterin gemeint sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf ihre Eingangsaussage ein.

Damit wurde der Tagesordnungspunkt beendet.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die vorgeschlagene Umsetzung der Akquisition zur Vermarktung der Landesheilanstalt.
 2. Die dafür benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 41.308,76 Euro werden aus dem geplanten Haushalt 2004 der Wirtschaftsförderung bereitgestellt.
-

- zu 5.3 Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 25.06.2003
"Erarbeitung eines strategischen Konzeptes zur Einbindung der
Stadt Halle (Saale) in das Bewerberkonzept der Stadt Leipzig um die
Ausrichtung der Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele
2012"**
Vorlage: III/2004/04039
-

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat nimmt den zweiten Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines strategischen Konzeptes zur Kenntnis.**
 - 2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, den Sachstandsbericht entsprechend dem erforderlichen Handlungsbedarf ständig zu aktualisieren und den Stadtrat zu informieren.**
-

**zu 5.4 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung
von Vorhaben für die Vorbereitung und Durchführung des
1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006**
Vorlage: III/2004/04040

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

**Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügten Richtlinien über die Gewährung
von Zuwendungen zur Förderung von Vorhaben für die Vorbereitung und
Durchführung des 1200jährigen Jubiläums der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006.**

zu 5.5 Haushaltskonsolidierung im Händel-Haus
Vorlage: III/2003/03457

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, erläuterte kurz die Vorlage.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, dankte der Verwaltung, insbesondere der Leitung des Händelhauses, dass hier ein Weg gesucht und gefunden worden sei, Haushaltskonsolidierung mit einer möglicherweise stattfinden Verbesserung des Leistungsangebotes zu verbinden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt den in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen, die eine Reduzierung des Zuschusses für das Händel-Haus von 143.282 € zum Ziel haben, zu.
 2. Der Stadtrat beauftragt den Leiter des Händel-Hauses mit der Umsetzung der benannten Schritte.
 3. Der Stadtrat beschließt, ab 01.01.2004 keine Eintrittsgelder für den Besuch des Museums des Händel-Hauses zu erheben. Die Eintrittsgelder für den Besuch von Konzerten und anderen Veranstaltungen im Händel-Haus bleiben davon unberührt.
-

**zu 5.6 Ausgründung eines Betriebes zum Betrieb der kommunalen
Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: III/2003/03336

Wortprotokoll:

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, die Verwaltung ziehe Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurück, da es noch Klärungsbedarf zwischen Verwaltung und ZGM gäbe.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, betonte, für seine Fraktion sei das Subsidiaritätsprinzip sehr wichtig, dass klar sei, sobald ein freier Träger in der Lage und auch Willens sei, eine kommunale Einrichtung zu übernehmen, auch mit den entsprechenden Personalübergängen, dieser dann den Vorrang habe. Auf einen diesbezüglichen Antrag habe man verzichtet, da dies hier in der Vorlage in Punkt 2 mit eingearbeitet worden sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erwiderte, das sei die Linie der Stadtverwaltung, man gründe seit 1996 aus. Wenn geklärt sei, dass auch die Personalübergänge vonstatten gehen, werde dies auch fortgesetzt. Dem stehe die Gründung eines Eigenbetriebes nicht im Wege.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass neue Rahmenbedingungen hinsichtlich der Ausgründung des Betriebes der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) vorhanden sind.
 2. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Stadtratbeschlusses (Vorlagen-Nr.: III/2003/02519) vom 21.08.2002 "Beschluss zur Änderung der Betriebsform für den Betrieb der Kindertageseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)" und die Gründung eines Eigenbetriebes Kindertageseinrichtungen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und unter Beibehaltung der vom Stadtrat beschlossenen Einsparziele.
-

zu 5.7 Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe

Vorlage: III/2004/03961

zu 5.7.1 Änderungsantrag der HAL-Fraktion - zu Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe (TOP 5.7)

Vorlage: III/2004/04169

Wortprotokoll:

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, begründete den Ergänzungsantrag seiner Fraktion:

Der Beschluss „Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe“ (III/2004/03961) wird vorbehaltlich notwendiger Änderungen hinsichtlich der Prioritäten im Bereich Suchtberatungsstellen, die sich aus einer thematischen Bearbeitung durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss ergeben, gefasst. Die in diesen Punkten überarbeitete Beschlussvorlage wird dem Stadtrat zur entgeltlichen Entscheidung vorgelegt.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, aus jugendpolitischer Sicht sei die Vorlage nachzuvollziehen. Nach 2005, wenn das SGB II in Kraft getreten sei, würden die Kommunen verpflichtet, die Sucht- und Drogenberatung für die Arbeitslosengeld-II-Empfänger sicher zu stellen. Hier komme ein zusätzlicher Part hinzu, der im Moment noch nicht zu überblicken sei. Insofern mache es Sinn, den Ergänzungsantrag so aufzufassen, dass man dies noch einmal im Zusammenhang sehe und im Gesundheits- und Sozialausschuss beraten werde, wenn die Rahmenbedingungen für SGB II bekannt seien.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte, sie finde es bedenklich, wenn – nachdem im Jugendhilfeausschuss zwei Stellen Drogenstreetwork gekürzt worden seien – im Amtsblatt zwei Stellen ausgeschrieben worden seien, obwohl im Ausschuss beschlossen worden sei, zumindest prüfen zu lassen, ob das städtische Streetwork nicht von Freien Trägern übernommen werden könne. Wie sei so etwas möglich?

Zur Schließung der „Orangerie“: Für ihre Fraktion erkläre sie, dass dies sehr bedauerlich sei. Man habe die Möglichkeit gehabt, eine Rundfahrt durch die einzelnen Sozialräume in den Jugendklubs zu machen. Dabei habe sich z.B. nicht bestätigt, dass die Innenstadt, das Paulusviertel, keinen Bedarf an Jugendklubs habe. Sie sei gespannt, wie es in diesem großen Stadtteil, in dem nun nicht wie sonst üblich zwei Jugendklubs vorgehalten werden, weitergehen werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erinnerte an die Diskussion um die START-Studie. Eine Einrichtung schließen zu müssen, sei für die betroffene immer nicht schön. Aber der Jugendhilfeausschuss und dann der Stadtrat seien mit in der Pflicht, eine Abwägung vorzunehmen. Es sei nicht so, dass es dort nur eine Einrichtung gäbe, der ZVJM in der Geiststraße habe sich sehr positiv entwickelt, gerade im Hinblick auf Familienbildung. Die jetzt ausgeschriebenen Stellen stünden schon seit Jahren offen, sie seien im Haushalt enthalten. Inwiefern bestimmte Dinge ausgelagert werden und von Freien Trägern übernommen werden, das sei der nächste Schritt, den man angehen werde.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, hob hervor, dass ihre Fraktion sehr begrüße, dass die Ergebnisse der START-Studie hier schon ein bisschen zum Ausdruck kommen, eine Zusammenarbeit mit den Schulen Zielrichtung gewesen sei.

Zum Ergänzungsantrag: Es sei gut, wenn das aufgenommen werde, denn sie sei davon ausgegangen, dass es selbstverständlich so komme, dass mit dem SGB II eine Möglichkeit komme, wieder aufzustocken.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, das SGB II liege nicht im Bereich der Jugendhilfe, es liege im Sozialbereich. Zur Zeit könnten jedoch noch keine Vertragsvorbereitungen mit den Suchtberatungsstellen getroffen werden.

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion werde dem Ergänzungsantrag der HAL-Fraktion zustimmen. Der Jugendhilfeausschuss habe sich ausführlich mit der Vorlage beschäftigt und ein klares Votum abgegeben.
Folgende Änderungen sollten in der Vorlage gemacht werden: Seite 13: ...**Zweigbibliothek Reilstraße in Verbindung mit dem Konservatorium**...; Seite 18: **Bürgerinitiative Paulusviertel**.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, stellte fest, die Vorlage, mit der sich der Jugendhilfeausschuss habe beschäftigen müssen, sei entstanden durch die Streichung des Feststellenprogramms durch die Landespolitik. Das sei schon schlimm. Wer die Diskussion verfolgt habe und die Einrichtungen ein bisschen kenne, wisse genau, wie schlimm es sei, dass eine Kontinuität aufgrund der wegfallenden Feststellen nicht mehr gegeben sei.

Frau **Wolff** nahm Bezug auf die Argumentation von Frau Bürgermeisterin Szabados.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, bat, folgende Ergänzung in der Vorlage vorzunehmen:
Seite 13: Kooperationspartner im Sozialraum I sei auch der TC 94 Halle, ein Tennisclub mit einer sehr erfolgreichen Jugendabteilung.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass es zu dieser Ergänzung, keine Wortmeldungen gab.

Abstimmung Ergänzungsantrag HAL-Fraktion: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(modifiziert)

Abstimmungsergebnis Vorlage einschl. Ergänzung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Beschluss „Prioritäten von Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe“ (III/2004/03961) wird vorbehaltlich notwendiger Änderungen hinsichtlich der **Prioritäten im Bereich Suchtberatungsstellen**, die sich aus einer thematischen Bearbeitung durch den **Sozial- und Gesundheitsausschuss** ergeben, gefasst.
Die in diesen Punkten überarbeitete Beschlussvorlage wird dem Stadtrat zur entgeltlichen Entscheidung vorgelegt.
Die Bewilligung der Projekte/Maßnahmen steht unter Haushaltsvorbehalt.

zu 5.8 Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2004/03920

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die folgende Namensgebung für eine kommunale Kindertageseinrichtung der Stadt Halle (Saale).

Die Kindertageseinrichtung in der Klosterstraße erhält die Bezeichnung Kindertageseinrichtung "Sebastian Kneipp".

**zu 5.10 Baubeschluss Grundschule "Bertolt Brecht", Hanoier Straße 1,
Turnhallensanierung MT 90**
Vorlage: III/2004/04012

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, gab eine kurze Begründung zur Vorlage.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erinnerte, an beschlossene Bauvorhaben an Schulen, die aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden konnten. Mit Freude nehme er diese Vorlage zur Kenntnis und bitte, auch namens seiner Fraktion um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Komplettmodernisierung der Schulsporthalle, Typ MT 90, und die Folgekosten.

zu 5.11 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer Straße/Oppiner Straße - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und Aufhebung des Beschlusses zur öffentlichen Auslegung des Entwurfes
Vorlage: III/2003/03829

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. 91/I-19/321 der 19. öffentlichen Tagung der Stadtverordnetenversammlung Halle (Saale) vom 18.09.1991 über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Satzung zum Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 20 Geschäftshaus in Halle-Trotha, Trothaer Straße/Oppiner Straße.

zu 5.12 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 15 "Sonderbauflächen an der Merseburger Straße" - Abwägung und Änderung
Vorlage: III/2004/03881

Wortprotokoll:

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, stellte folgende Änderungsanträge:

- 1. Die Anregungen und Einwände des Regierungspräsidiums Halle, Erlaubnisbehörde für den Großraum- und Schwerverkehr vom 28.02.2003 und 24.10.2003 werden in den o.g. Abwägungs- und Änderungsbeschluss eingearbeitet und bei der Änderung des FNP berücksichtigt.**
- 2. Die Anregungen und Einwände des Regierungspräsidiums Halle, obere Immissionsschutzbehörde vom 28.02.2003 werden in den o.g. Abwägungs- und Änderungsbeschluss eingearbeitet und bei der Änderung des FNP berücksichtigt.**

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Stadtverwaltung stehe mit dem Zentralen Landesverwaltungsamt im Gespräch und es sei geklärt worden, dass diese Dinge im Bebauungsplan berücksichtigt werden.

Herr **Heft** dankte für diese Auskunft. Da sie aber zu der Vorlage nicht vorliege und es hier um erhebliche Belastungen der angrenzenden Wohngebiete gehe, halte er seine Anträge aufrecht.

Herr **Bönisch** verlas nochmals die Änderungsanträge.

Herr **Heft** beantragte eine Einzelabstimmung der beiden Anträge.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zu 1.: bei 18 Ja-Stimmen
 27 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen
 mehrheitlich a b g e l e h n t**

Abstimmung zu 2.: mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmungsergebnis Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der FNP-Änderung vorgebrachten Anregungen von Bürgern sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden geprüft.
Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung wird zugestimmt.
 2. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 15 „Sonderbauflächen an der Merseburger Straße“.
Der Darstellungsänderung Mischbaufläche in Sonderbaufläche und in Wohnbaufläche wird zugestimmt, der Erläuterungsbericht gebilligt.
-

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

zu 5.13 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher Straße - 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss - Offenlagebeschluss
Vorlage: III/2004/03902

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, mit örtlichen Bauvorschriften.
Die 1. Änderung beinhaltet die Änderung der Bebauung von Geschosswohnungsbau in eine Bebauung mit Einfamilienhäusern.
Der Geltungsbereich der 1. Änderung ist in dem Lageplan unter Nr. 3 dieser Beschlussvorlage räumlich bestimmt.
 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
 3. Der Stadtrat beschließt, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße als Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches mit Begründung öffentlich auszulegen.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung durchzuführen und zuvor öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.14 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher Straße - 1. Änderung - vorgezogener Abwägungsbeschluss
Vorlage: III/2004/03903

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der vorgebrachten Anregungen zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße, wird zugestimmt.
Die 1. Änderung beinhaltet die Änderung der Bebauung von Geschosswohnungsbau in eine Bebauung mit Einfamilienhäusern.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
-

**zu 5.15 Bebauungsplan Nr. 8.1 Wohnbebauung Büschdorf, Delitzscher
Straße - 1. Änderung - vorbehaltlicher Satzungsbeschluss**
Vorlage: III/2004/03904

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.1, Wohnbebauung Halle-Büschdorf, Delitzscher Straße bereits jetzt, unter dem Vorbehalt, dass während der öffentlichen Auslegung keine Anregungen geltend gemacht werden, die eine Abwägung erfordern, als Satzung.

Die 1. Änderung beinhaltet die Änderung der Bebauung von Geschosswohnungsbau in eine Bebauung mit Einfamilienhäusern.

Der Stadtrat stimmt der Begründung der Änderung unter denselben Vorbehalten zu.

**zu 5.16 Bebauungsplan Nr. 8.4, Halle-Büschdorf, Günter-Mayer-Straße,
1.Änderung – Aufstellungsbeschluss - Satzungsbeschluss**
Vorlage: III/2004/03923

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.4, Halle-Büschdorf, Günter-Mayer-Straße, mit örtlichen Bauvorschriften.
Die 1. Änderung beinhaltet die Änderung der Bebauung von
Geschosswohnungsbau in eine Bebauung mit Einfamilienhäusern.
Der Geltungsbereich der 1. Änderung ist in dem Lageplan unter Nr. 3 dieser
Beschlussvorlage räumlich bestimmt.
 2. Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8.4, Halle-Büschdorf, Günter-Mayer-Straße gemäß § 10 des Baugesetzbuches als Satzung
und stimmt der beigefügten Begründung zu.
-

**zu 5.17 Baubeschluss Bahnhofsvorplatz im Rahmen der
Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz**
Vorlage: III/2004/03907

**5.17.1 Änderungsantrag der Fraktion der PDS zur Vorlage "Baubeschluss
Bahnhofsvorplatz im Rahmen der Gestaltungsmaßnahme
Riebeckplatz", TOP 5.17, Vorlagen-Nr.: III/2004/03907**
Vorlage: III/2004/04170

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, begründete den folgenden **Änderungsantrag**:
***Der vorliegende Beschlusstext wird lfd. Nr. 1. Es wird folgender Punkt 2 eingeführt:
Die Stadt erhebt zur Deckung ihres Aufwandes von den Anliegern nach Maßgabe der
Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle Beiträge.***

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, erläuterte, im Wesentlichen handle es sich bei den Flächen um die Zufahrten zu den Parkflächen, die laut Stellplatzsatzung nicht beitragspflichtig seien. Er schlage vor, den Antrag als Prüfungsauftrag für die Verwaltung zu verstehen.

Herr **Dr. Köck** erwiderte, man könnte die Änderung ohne Risiko beschließen. Sollte sich zeigen, dass es aufgrund der Satzung nicht zu einer Beitragspflicht komme, sei es ohnehin hinfällig.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, brachte seine Freude über die geplante Belebung dieses Platzes zum Ausdruck.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, äußerte Bedenken zu den Gestaltungsmaßnahmen. Man sollte sich nicht auf die Gestaltung des Parkplatzes beschränken, man sollte die Möglichkeiten für Fußgänger, das Zentrum zu erreichen, mit durchdenken.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis Vorlage einschl. Ergänzung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Dem in der Anlage beigefügten Entwurf zur Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes wird als Grundlage für die weitere Planung und Durchführung zugestimmt.**
 - 2. Die Stadt erhebt zur Deckung ihres Aufwandes von den Anliegern nach Maßgabe der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Halle Beiträge.**
-

zu 5.18 Baubeschluss Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/03908

Wortprotokoll:

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, stellte fest, durch die neue Planung existiere der Riebeckplatz für Fußgänger nicht mehr als Anziehungspunkt. Man wolle dort für 10 Mio. € eine Ladenzeile schaffen, die nie belebt sein werde. Deshalb stelle er den **Antrag, aus der Planung die 10 Mio. € für die Ladenzeile zu streichen**. Er habe sich gewundert, dass diese Frage im Planungsausschuss nicht diskutiert worden sei; im Finanzausschuss habe man darüber gesprochen.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, äußerte, er könne sich vorstellen, diese 10 Mio. € unter Vorbehalt zu stellen und nochmals zu prüfen (z.B. Wegebeziehungen).

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte ihre Verwunderung über die jetzt stattfindende Diskussion. Das Vorhaben sei über lange Zeit bereits im Gespräch, sei in vier Ausschüssen diskutiert worden. Da sei diese Frage aufgeworfen worden und die Ausschüsse hätten sich klar positioniert. Und jetzt werde der Stadtrat durch einen Antrag eines Stadtrates unruhig und wolle das Ganze wieder unter Vorbehalt stellen. Sie stelle sich die fachliche Arbeit des Stadtrates doch etwas anders vor.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, meinte, die Argumente von Herrn Prof. Schuh seien nach den Erfahrungen z.B. beim Charlottencenter nicht ganz von der Hand zu weisen. Wäre es nicht vernünftig, dieses Thema im Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu behandeln, dort sei dies bisher kein Thema gewesen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, der Zeitablauf lasse es nicht zu, dass die Vorlage wieder in die Ausschüsse gehe. Am Riebeckplatz finde ein solch komplexes Bauvorhaben statt, dass einen riesigen Koordinierungskreis benötigt, um jeden Schritt vorzubereiten. Wenn das Projekt durch eine Verzögerung zurückgeworfen werde, habe man es sich selbst vorzuwerfen, dass man mit solchen Sachen nicht vorankomme.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, äußerte seine Verwunderung über die Diskussion. Auf keinen Fall sollte heute hier unterbrochen werden, es sollte fortgesetzt werden. Die fehlende Zeit wäre auf keinen Fall für dieses Vorhaben zuträglich. Das Vorhaben, bei dem jeder hier im Saal ausreichend Zeit gehabt habe, seine Meinung zu äußern und Vorschläge einzubringen, sollte heute in der vorliegenden Art und Weise beschlossen werden.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, drückte ebenfalls ihre Verwunderung über die Diskussion aus. Wenn man am Bahnhof nicht einen Schwerpunkt setze, auch kommerziell, gebe man die obere Leipziger Straße auf.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Die aufgeworfene Problematik sollte an entsprechender Stelle, nicht in dem direkten Zusammenhang mit der Straßenbaumaßnahme, nochmals im Stadtrat thematisiert werden.

Herr **Bönisch** gab die Rednerliste bekannt: Herr Prof. Schuh, Herr Heft, Herr Biesecke, Herr El-Khalil, Herr Dr. Meerheim, Herr Stemme, Herr Lehmann.

Herr **Prof. Schuh** betonte, laut Vorlage koste die Ladenzeile 10 Mio. €. Er habe das Problem von Anfang schon deshalb verfolgt, weil er sage, die Flächen sind zu teuer. Er habe sich nicht mit der Gestaltung, sondern mit dem Finanziellen beschäftigt. Wenn es keinem aufgefallen sei, dass da gar kein Platz mehr sei, sondern eigentlich nur noch eine Bauhülle, dann müsse er sagen, man könne auch einmal klug werden, wenn man etwas übersehen hat. Auch müsse nichts aufgehalten werden. Man könnte beschließen, die Läden dort nicht auszubauen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, 10 Mio. € seien nicht für die Schaffung von 1000 m² Verkaufsfläche vorgesehen. Es gehe um die gesamte Fußgängerzone, einschließlich Überdachung und Beleuchtung. Sie verstehe, dass jemand Bedenken bekommen könne, wenn er in der Sache damit nicht beschäftigt gewesen sei; aber das könne nicht das Bauvorhaben aufhalten.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, stellte den **Geschäftsordnungsantrag *Schluss der Rednerliste***.

Es gab keine Wortmeldung zu diesem Antrag.

Abstimmung zu diesem GO-Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, meinte, es sei nicht von der Hand zu weisen, was Herr Prof. Schuh zu dieser Ladenzeile gesagt habe. Der Magnet Haltestelle sei nicht mehr da, damit fehle die Laufkundschaft für die Ladenzeile; deren Wirtschaftlichkeit sei nie Gegenstand der Beratungen gewesen.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, entgegnete, dass dies Gegenstand der Beratungen gewesen sei, könne man dem Beschlussvorschlag entnehmen: *Die Betreibung/Verkauf der Ladenzeile wird nach dem Baubeschluss öffentlich ausgeschrieben.*

Auf den Vorschlag von Herrn Prof. Schuh, die Ladenfläche nicht auszubauen, eingehend, erklärte er, es werden dort sehr kompakte Stützwände gebaut, um diesen Teil statisch abzusichern. Ein späterer Eingriff wäre nicht finanzierbar. Er bitte, dem Änderungsantrag nicht zu folgen.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werden den Änderungsantrag ablehnen und die vorliegende Planung unterstützen. Grundzug der Planung sei es von Anbeginn an gewesen, einen geschlossenen Raum vom Ausgang des Bahnhofs bis zum Eingang in die Leipziger Straße zu schaffen. Im Übrigen habe derjenige, der jetzt den Antrag gestellt habe und behaupte, dass diese 1000 m² sich nicht tragen könnten, vor einiger Zeit vorgeschlagen, an fast der gleichen Stelle ein Großkaufhaus zu errichten.

Herr **El-Khalil** verwies darauf, dass immer geplant gewesen sei, dass dort etwas entstehe. Man müsse genau darüber nachdenken, was in diese Läden hineinkommen solle, deshalb der Vorschlag, diesen Teil später noch einmal im Wirtschaftsausschuss zu beraten. Der Baubeschluss sollte jedoch heute gefasst werden. Er beantragte *Ende der Debatte und Abstimmung* und zog diesen Antrag nach Zurufen zurück.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, zog seine Wortmeldung zurück.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, meinte, was diese Ladenstraße angehe, sei zu sagen, die Situation ändere sich auch. Man könne nicht bauen, ohne nach rechts und links zu schauen, was um uns herum geschehe. Im Planungsausschuss sei ihm auf die Frage, warum in das Rondell kleine Läden eingebaut werden sollen, wo doch durch die Gestaltung des Bahnhofs eine gewisse Versorgung mit Lebensmitteln, Blumen und anderen Dienstleistungen gegeben sei, von einem Verwaltungsmitglied geantwortet worden, dass dadurch, dass Leben in dem Rondell sei, die Graffiti-sprayer nicht mehr wirksam werden könnten. Das sei eine Antwort, die ihm deutlich mache, dass die Planer selbst diese Probleme nicht ernst nehmen und nicht bis zum Ende durchdenken.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, äußerte als Vorsitzender des Planungsausschusses, die Vorlage sei mehrfach im Fachausschuss beraten worden; man habe die Planungen in Zeitungsveröffentlichungen wahrnehmen können, auf Messen sei das Modell ausgestellt worden.

Abstimmung zum Änderungsantrag UB-Fraktion: mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmungsergebnis Vorlage:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Dem Entwurf zur Gestaltung des Riebeckplatzes wird als Grundlage für die weitere Planung und Durchführung zugestimmt.

Die 1. Vertragsergänzung zum Vertrag zur Kostenteilung zwischen der Stadt Halle und der HAVAG vom 11.11.2000/12.01.2001 wird entsprechend der vorliegenden Entwurfsplanung fortgeschrieben.

Die Betreibung/Verkauf der Ladenzeile wird nach dem Baubeschluss öffentlich ausgeschrieben.

**zu 5.19 Baubeschluss Sportkomplex Robert-Koch-Straße
Sanierung der Turnhalle und des Sozialtraktes III. BA
(Endfertigstellung)
Vorlage: III/2004/03948**

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, erläuterte kurz die Vorlage.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Ansätze im Vermögenshaushalt 2004 und der mittelfristigen Investitionsplanung die Endfertigstellung der Gesamtmaßnahme.

zu 5.20 Finanzplanung Straßenbahn Halle-Neustadt und Umbau Riebeckplatz
Vorlage: III/2004/04026

(Gemäß § 31 GO LSA nahmen die Herren Stadträte Klaus Müller und Ulrich Richter nicht an der Behandlung dieses Punktes teil.)

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Finanzplanung 2004 - 2006 für das Straßenbahnprojekt Halle-Neustadt bis Riebeckplatz/Hbf. und Projekt Umbau Riebeckplatz wird zugestimmt.

zu 5.21 Widmung der Straße "Deutsche Grube" (künftig eine Teilstrecke "Messestraße")
Vorlage: III/2004/03909

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Die Straße Deutsche Grube (zukünftig eine Teilstrecke Messestraße) wird gewidmet.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Widmungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.22 Widmung der Straßen im Bebauungsplangebiet Nr. 37 "Dölau-Ost"
(Agnes-Gosche-Str., Anna-Schubring-Str., Ellen-Weber-Str.)
Vorlage: III/2004/03910

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Die Agnes-Gosche-Straße, Anna-Schubring-Straße und Ellen-Weber-Straße werden gewidmet.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Widmungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.23 Widmung Sonnenblumenweg und Resedenweg
Vorlage: III/2004/03912

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Sonnenblumenweg und der Resedenweg werden gewidmet.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Widmungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.24 Widmung Sonneberger Straße
Vorlage: III/2004/03913

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

- 1. Die Sonneberger Straße wird gewidmet.**
 - 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Widmungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.**
-

zu 5.25 Teileinziehung Sternstraße
Vorlage: III/2004/03915

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Die Sternstraße wird auf die Benutzung durch den Fußgängerverkehr beschränkt. Gleichzeitig ist ein beschränkter Fahrverkehr insbesondere Anlieger- und Lieferverkehr zugelassen.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Zustimmung bei der Straßenaufsichtsbehörde zu beantragen und die Teileinziehungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.26 Einziehung Parkplatz Louis-Jentzsch-Straße
Vorlage: III/2004/03914

Wortprotokoll:

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, fragte nach dem Grund der Einziehung.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, antwortete, in den angrenzenden Straßen habe ein Investor die Absicht, einen Fertigteilgaragenkomplex zu errichten. Nutzer der Garagen und Stellflächen sollen die Mieter der anliegenden Wohnungen seien.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Parkplatz Louis-Jentzsch-Straße wird eingezogen.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde zu beantragen und die Einziehungsverfügung öffentlich bekannt zu machen.
-

zu 5.28 Personalangelegenheit

Vorlage: III/2004/04074

Wortprotokoll:

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erklärte, der größere Teil seiner Fraktion werde der Vorlage zustimmen, um so den Widerspruch zurückzuweisen. Ausdrücklich bemerke er jedoch, dass es seiner Fraktion insgesamt etwas unbehaglich bei dem Gesamtvorgang zumute sei, insbesondere bei den Vorgängen auch innerhalb der Stadtverwaltung, die im Rahmen des Prozesses öffentlich geworden seien.

Man werde der Vorlage nur deshalb zustimmen, weil man nicht erkennen könne, dass es Sinn machen würde, dem Widerspruch stattzugeben.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, äußerte, ihm gehe es jetzt vor allem darum, wie der Stadtrat vor der Öffentlichkeit da stehe. Wenn man richtig handeln würde, müsste man heute dem Widerspruch stattgeben und in vier Wochen erneut über die Abberufung von Herrn Tepasse Entscheiden und ihn dann abberufen. Das wäre für ihn der einzige lautere Weg, um als Stadtrat aus dieser Situation zu kommen.

Er zitierte aus der Vorlage (S. 14, Vertrauensverhältnis zwischen Stadtrat und dem Beigeordneten) und ging auf die Vorgänge in Zeitfolge ein.

Es würde dem Stadtrat gut zu Gesicht stehen, das Gerichtsverfahren abzuwarten, um tatsächlich zu wissen, ob man berechtigt sei, ihn abzubrufen oder ob man ihn abberufen müsse, weil – wie es auf Seite 13 stehe – es dem Stadtrat, der Oberbürgermeisterin und auch Herrn Tepasse nicht zuzumuten sei, dass diese beiden Parteien zusammenarbeiten.

Herr **Stemme**, UB-Fraktion, erklärte, er habe mit Schreiben vom 19.04.2004 gebeten, seiner Fraktion über das Prozedere dieser Abwahl im heutigen Tagesordnungspunkt eine Information zu geben. Diese Information habe man nicht erhalten, das sei sehr schade. Er müsse davon ausgehen, dass man an der bisherigen Art und Weise der Abstimmungsform festhalten wolle. Aus diesem Grunde stelle er den **Antrag, die Abstimmung in Form einer Geheimen Wahl** gemäß der Geschäftsordnung des Stadtrates durchzuführen. Die Abberufung sei damals zustande gekommen, weil der Leiter des Rechtsamtes großes persönliches Interesse gehabt habe, durch zweifelhafte rechtliche Regelungen, die man sich aus Magdeburg holte, seine Lügen gegenüber dem Stadtrat zu decken und schnellstens aus der Welt zu schaffen. Er bitte darum, dass es nicht zu einer erneuten Wiederholung komme, denn die damalige Abstimmung sei für ihn immer noch zweifelhaft.

Herr **Bönisch** erwiderte, er habe der UB-Fraktion keine gesonderte Information zukommen lassen, weil man im Hauptausschuss gemeinsam festgelegt habe, wie man heute vorgehen wolle. Die Abwahl von Herrn Tepasse habe stattgefunden, weil drei Viertel der gewählten Stadträte das gewollt habe.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, äußerte, man rede hier über zwei grundsätzlich von einander zu trennende Dinge. Das eine sei ein noch nicht abgeschlossenes Gerichtsverfahren, das andere sei eine Abberufung, die der Stadtrat mit der notwendigen Mehrheit getroffen habe und die auf dem Zerwürfnis zwischen Stadtrat, dem Stadtbediensteten und der Verwaltung beruhe. Man sollte heute den einmal gefassten Beschluss der Abberufung noch einmal bestätigen. Namens seiner Fraktion beantrage er eine **Namentliche Abstimmung**.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, schickte voran, dass sich die Mehrheit seiner Fraktion den kritischen Anmerkungen von Herrn Weiland und Herrn Dr. Köck anschließe. Die Kritik sei zu erweitern auf das Informationsverhalten der Stadtbewaltung, was den anonymen Anzeiger betreffe. Da sei nicht rechtzeitig die Wahrheit gesagt worden.

Er bitte zu unterscheiden zwischen dem Abberufungsbeschluss des Stadtrates und dem bisher existierenden Korruptionsvorwurf, der durch die Staatsanwaltschaft untersucht worden sei und dessen Verfahren dazu jetzt vor dem Abschluss stehe; das seien zwei verschiedene Dinge. Diejenigen, die damals für die Abwahl gestimmt haben, hätten das auch mit der Begründung getan, dass das Vertrauensverhältnis zwischen diesem Gremium und dem Beigeordneten gestört, wenn nicht zerstört sei.

Die Kritik, die bisher im Saal geäußert worden sei, sei aufrecht zu erhalten. Man sollte an anderer Stelle und zu anderer Zeit das noch einmal besprechen, denn da sei eine ganze Menge nicht so gelaufen, wie es die Prozesstage und die Aussagen der Beteiligten vor dem Gericht gezeigt hätten.

Eine Mehrheit seiner Fraktion werde heute der Vorlage zustimmen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, man werde ihm nicht Desinformation vorwerfen können, denn er habe einen Großteil der Sitzungen vor dem Landgericht verfolgt und es gäbe einige Dinge, die ihn auch sehr nachdenklich gemacht hätten. Davon völlig losgelöst sollte man sich dennoch vor Augen halten, dass der Stadtrat einen Beschluss zu einem Zeitpunkt gefasst habe, als ein Strafverfahren vor dem Landgericht bereits eröffnet worden sei, ohne dass der andere vorn vornherein gewusst habe, wie es ausgehen werde, wie man es auch heute noch nicht wisse.

Er gehe davon aus, dass jedem einzelnen Stadtratskollegen dieser Grundgedanke bei dieser Abstimmung bewusst gewesen sei. Es könne sein, dass jemand strafrechtlich als unbescholten gelte und man trotzdem zu demjenigen kein Vertrauen habe. Gerade auf dieses Vertrauen komme es in der Arbeit mit einem Beigeordneten innerhalb der Verwaltung oder auch zum Rat an. Er wisse nicht, was die Kollegen, die heute eine Verbindung zu dem Strafverfahren suchen oder einen Beschluss geheim herbeiführen wollen, im Hinterkopf haben. Wenn man diesem Ansinne stattgebe, würde man sagen, dass man den damaligen Beschluss leichtfertig gefasst habe, und er glaube nicht, dass der eine oder andere sich einem solchen Vorwurf aussetzen möchte. Er bitte darum, die Beschlussvorlage der Verwaltung zu unterstützen.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, seine Fraktion habe den Antrag auf Abwahl mit unterschrieben, habe diesem Beschluss zugestimmt, im Wesentlichen vor dem Hintergrund, dass ein für die Stadt Halle bedeutendes Dezernat nicht besetzt sei und nicht angemessen agieren könne. Er könne sich nicht vorstellen, an dieser Stelle inkonsequent zu sein und zu sagen, aus diesen oder jenen Gründen müsse man den damals gefassten Beschluss wieder revidieren. Seine Fraktion werde die heutige Beschlussfassung mit tragen. Die Kritik, die von anderen Fraktionsvorsitzenden zu den Dingen, die jetzt nach und nach, auch durch die staatsanwaltlichen Ermittlungen und das Verfahren vor dem Gericht zu Trage getreten seien, bereits zum Ausdruck gebracht worden sei, könne er nur unterstützen. Er komme sich, wenn in Runden der Fraktionsvorsitzenden immer von einer anonymen Anzeige erzählt worden sei, ein Stück weit „verarscht“ vor. Die Stadträte seien gewählte Vertreter und keine dummen Jungs. Er erwarte von der Stadtverwaltung, dass mit offenen Karten gespielt werde; die Stadträte müssten die konsequente Entscheidung der Abwahl schließlich auch gegenüber den Hallensern vertreten.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, äußerte, er habe der Abwahl zugestimmt, weil er sie als eine Art Fortsetzung eines Vergleichs gesehen habe, dem hier eigentlich zugestimmt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt wusste niemand, was die eigentlichen Gründe oder Abläufe gewesen seien, die zu dieser seltsamen Entwicklung vor fast zwei Jahren geführt haben.

Wenn er jedoch lese, dass der Leiter des Rechtsamtes die Anzeige aufgegeben habe, mit dem Betroffenen zur Staatsanwaltschaft gegangen sei, ihm wenige Wochen danach sage, dass er nicht wisse, wer die Anzeige aufgegeben habe, dann höre bei ihm die Möglichkeit auf, etwas gegen Herrn Tepasse zu unternehmen. Für ihn sei es menschlich unmöglich, „diesen Mann jetzt hier in die Mülltonne zu schmeißen“. Er mache es nicht und werde herausgehen, wenn man beginne, abzustimmen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, stellte fest, dass der Stadtrat Herrn Tepasse nicht abgewählt, sondern abberufen habe durch einen Beschluss, der offen stattgefunden habe.

Herr **Dr. Heinrich**, CDU-Fraktion, erklärte, er werde heute gegen den Widerspruch stimmen, weil er keine andere Möglichkeit sehe, den von der Stadtverwaltung geschnürten gordischen Knoten zu durchhauen. Es bleibe jedoch ein bitterer Beigeschmack, weil er sich sehr an der Nase herumgeführt vorkomme.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, äußerte, er sei immer noch der Meinung, dass man einen politischen Beamten jederzeit abberufen könne. Die Stadträte seien gewählt, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Dieser Schaden entstehe, wenn man heute dem Widerspruch nicht widerspreche.

Herr **Bönisch** fasste zusammen, es gebe zwei Anträge zum Verfahren. Der Antrag auf Geheime Abstimmung sei aus Gründen der Gemeindeordnung nicht möglich. Nur eine Wahl dürfe geheim durchgeführt werden.

Nach kurzer Diskussion stellte er fest, dass der Antrag auf Durchführung einer Geheimen Wahl aufrechterhalten wird.

Abstimmung GO-Antrag

Durchführung Geheime Wahl:

mehrheitlich a b g e l e h n t

(Die Mitglieder der UB-Fraktion verließen den Tagungssaal.)

Abstimmung GO-Antrag

Durchführung Namentliche Abstimmung:

**mit mehr als einem
Fünftel der anwesenden
Stadträte z u g e s t i m m t**

Namentliche Abstimmung:

Dr. Bartsch, Erwin	Ja
Dr. Bergner, Annegret	Ja
Berkold, Yvonne	zur Abstimmung nicht anwesend
Biesecke, Tilo	Ja
Blumenthal, Hannelore	zur Abstimmung nicht anwesend
Bönisch, Bernhard	Ja
Bonan, Robert	Ja
Dreizehner, Karl-Heinz	Ja
El-Khalil, Milad	Ja
Dr. Fiedler, Sabine	Ja
Geuther, Joachim	Ja
Godenrath, Thomas	Ja
Dr. Haerting, Gesine	Ja
Haupt, Hanna	Ja
Haupt, Ute	Ja
Häußler, Ingrid	Ja
Heft, Frank-Uwe	Nein
Dr. Heinrich, Holger	Ja
Dr. Hesse, Gerhard	zur Tagung entschuldigt fehlend
Jeschke, Peter	Ja
Kautz, Ingo	Ja
Prof. Dr. Kiel, Siegfried	Ja
Klimek, Dietmar	Nein
Dr. Köck, Uwe-Volkmar	zur Abstimmung nicht anwesend
Koehn, Gottfried	Ja
Köhler, Günter	Ja
Dr. Kraus, Günter	Ja
Krause, Johannes	Ja
Krischok, Marion	Ja
Krocker, Oliver	Ja
Kupke, Wolfgang	Ja
Lehmann, Dieter	Ja
Lenk, Margrit	Ja
Maluch, Heinz	Ja
Dr. Meerheim, Bodo	Ja
Meißner, Petra	Ja
Misch, Werner	Ja
Müller, Klaus	Ja
Richter, Ulrich	Ja
Sänger, Frank	Ja
Schaffer, Marlies	zur Tagung entschuldigt fehlend
Scheller, Barbara	Ja
Schmidt, Andreas	Ja
Schmidt, Jürgen W.	zur Abstimmung nicht anwesend
Scholze, Friedemann	Ja
Prof. Dr. Schuh, Dieter	zur Abstimmung nicht anwesend
Schuster, Manfred	Ja
Stemme, Bernd	zur Abstimmung nicht anwesend
Strauch, Andreas	Ja
Tannenberg, Heidrun	Ja
Prof. Vent, Dorothea	Ja
Voß, Armin	Ja
Weiland, Mathias	Ja

Weiß, Isa
Wolff, Sabine
Dr. Wünscher, Ulrike
Dr. Yousif, Mohamed

Ja
zur Abstimmung nicht anwesend
Ja
Ja

Abstimmungsergebnis:

bei 46 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat weist den Widerspruch des Beigeordneten Rainer Tepasse vom 04.12.2003 gegen die Abberufungsmitteilung vom 04.11.2003 zurück.
 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Beigeordneten Rainer Tepasse die Widerspruchsentscheidung mitzuteilen.
-

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) vom
03.03.2004 zur Schaffung von Parkplätzen auf dem Gelände
Friedenstraße 31 a (öffentlicher Park) für das fusionierte Gymnasium
"Thomas Müntzer"/Trotha-Gymnasium "H. Eisler", Friedenstraße 33
Vorlage: III/2004/04037**

Beschlussvorschlag:

Die Fachbereiche Grünflächen/Schule, Sport und Bäder/Untere Verkehrsbehörde der Stadt Halle (Saale) überprüfen kurzfristig die Schaffung von Stellplätzen auf dem Gelände Friedenstraße 31 a (im Umfeld der Turnhalle KT 60) für das größte, durch die 2-fache Fusion bestehende Gymnasium am Standort Friedenstraße.

Der Antrag wurde nach Diskussion durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion verwiesen in den

- **Bildungsausschuss**
- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten**

zu 6.2 Antrag der PDS-Fraktion zur Wiederanbringung der Tafel mit dem Namen Siegmund Jähn an das Raumflugplanetarium (Peißnitz)
Vorlage: III/2004/04092

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge gewährleisten, dass die Tafel mit dem Namen Siegmund Jähn wieder am Raumflugplanetarium (Peißnitz) angebracht und damit der Name Siegmund Jähn wieder in der Bezeichnung des Planetariums verwendet wird.

Der Antrag wurde nach Diskussion durch Geschäftsordnungsanträge der CDU-Fraktion und der PDS-Fraktion verwiesen in den

- **Kulturausschuss**
- **Bildungsausschuss**
- **Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung**

**zu 6.3 Antrag der PDS-Fraktion zur Betreibung des Passendorfer
Schlösschens**
Vorlage: III/2004/04095

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Übergabe des Passendorfer Schlösschens an einen freien Träger vorzubereiten und dem Stadtrat spätestens im Dezember 2004 eine Beschlussvorlage vorzulegen.

Der Antrag wurde nach Diskussion durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion verwiesen in den

- **Kulturausschuss**
- **Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung**

**zu 6.4 Antrag der PDS-Fraktion zur Korrektur rechtsbedenklicher
Beitragsbescheide für Straßenbaumaßnahmen in der Stadt Halle
(Saale)**
Vorlage: III/2004/04101

Beschlussvorschlag:

Alle bisher ergangenen Bescheide zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, bei denen die im § 2 der gültigen Straßenausbaubeitragssatzung nicht als beitragsfähiger Aufwand aufgeführten Fremdfinanzierungskosten enthalten sind, sind zu korrigieren.

**Der Antrag wurde nach Diskussion durch Geschäftsordnungsantrag der PDS-Fraktion
v e r t a g t.**

**zu 6.5 Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, zur Freigabe des
Stadtwappens als Werbeträger**
Vorlage: III/2004/04106

Wortprotokoll:

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag und erklärte sich mit dem Formulierungsvorschlag der Verwaltung einverstanden.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, beantragte mit einem Geschäftsordnungsantrag, den Antrag als erledigt zu betrachten, zog den Antrag jedoch wieder zurück.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, riet, das Stadtmarketing einzubeziehen.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, stellte klar, die Verwaltung habe eine modifizierte Form des Antrages vorgeschlagen. Darüber müsste abgestimmt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t
(modifizierte Form, Vorschlag der Verwaltung)

Beschluss:

(in modifizierter Form)

Das Signet „Halle - Die Stadt“ soll künftig verstärkt als Werbeträger genutzt werden. Die Nutzung soll grundsätzlich gebührenfrei ohne größere Genehmigungsverfahren ermöglicht werden. Das Hoheitszeichen (Wappen) bleibt in seiner Verwendung ausschließlich der Stadt bzw. der Oberbürgermeisterin vorbehalten. Die Stadtverwaltung wird gebeten, hierfür die notwendigen Voraussetzungen(Regelungen und Veröffentlichungen) zu schaffen.

zu 6.6 Antrag des Stadtrates Dietmar Klimek, PDS, zur Einführung und Handhabung des Kommunalabgabengesetzes in neuester Fassung
Vorlage: III/2004/04112

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend des geänderten Kommunalabgabengesetzes für zurückgewiesene Widersprüche, Gebühren zu erheben. Dabei sollten alle Verwaltungsakte auf kommunaler Ebene einbezogen werden.

Gleichzeitig werden jedoch auch im Umkehrschluss des Gesetzes Gebühren oder Bußgelder von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung erhoben, die federführend oder verantwortlich Widersprüche abgelehnt haben, die dann aber durch die Stadtverwaltung zu Gunsten der Widerspruchseinreicher entschieden wurden oder durch Gerichtsverfahren für die Stadtverwaltung verloren gingen.

Herr **Klimek**, PDS-Fraktion, begründete den Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**zu 6.7 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend die Landesausstellung
im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle**
Vorlage: III/2004/04120

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte Halle die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um einen reibungslosen Ablauf der Ausstellung mit mehr als 100.000 erwarteten Besuchern zu gewährleisten.

Dazu zählen insbesondere: - Beschilderung im Stadtgebiet

- Genehmigung von Stellflächen für Werbeplakate*
 - Einrichtung von Parkmöglichkeiten für Busse und PKW*
 - Errichtung von Toilettenanlagen*
 - Umbenennung der Straßenbahnhaltestelle Mozartstraße*
 - Zeitnahe Erstellung eines Kostenrahmens für das Landesmuseum, um Planungssicherheit zu gewährleisten*
-

Der Antrag wurde nach Diskussion durch Geschäftsordnungsantrag der UB-Fraktion verwiesen in den

- **Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung**

zu 6.8 Antrag der HAL-Fraktion - zur Prüfung der Spielflächen in den einzelnen Wohngebieten
Vorlage: III/2004/04121

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, regte an, bei der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption im Sinne von Haushaltskonsolidierung darüber nachzudenken, wie Freiflächen kostengünstig so gestaltet werden können, dass sie nicht nur glatt und schön, sondern auch bespielbar seien; das verteile die Kinder auf mehr Flächen.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, ging auf die Begründung zum Antrag ein (Hasenberg, der immer mit Hundedreck verschmutzt sei).

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, machte auf den Zustand der Spielplätze aufmerksam und bat zu prüfen, inwieweit Flächen (Peißnitz) vor der Nutzung durch Hunde geschützt werden können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen,

1. ob auch in den einzelnen Wohnvierteln Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung weitere Spielmöglichkeiten erforderlich machen,
 2. ob die Versorgung mit Spielflächen im Paulusviertel noch den in der Spielflächenkonzeption festgelegten Maßgaben entspricht,
 3. ob die Möglichkeit besteht, den ehemaligen Spielplatz am Steffenplatz wieder als Spielplatz herzurichten.
-

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

zu 7.1 **Anfrage der Stadträtin Margrit Lenk und des Stadtrates Prof. Dr. Siegfried Kiel, PDS, zur Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses im Zusammenhang mit einem Antrag zum Denkmal des "Kleinen Trompeters"**

Vorlage: III/2004/04097

Die Fragesteller beziehen sich auf a) den am 13.09.1995 in den Stadtrat eingebrachten Antrag zum Denkmal des „Kleinen Trompeters“ (vgl. Vorlage-Nr.: 95/I-12/A-110), b) den hierzu in veränderter Form gefassten Beschluss des Stadtrates (vgl. Beschluss-Nr.: 96/I-18/A-110) sowie c) eine diesbezügliche Anfrage zur Stadtratssitzung am 26.05.1999 (Anfrage-Nr.: 02, TOP: 27) und der damals gegebenen Antwort der Verwaltung. Davon ausgehend fragen wir:

- 1. Wurden inzwischen mit der Eigentümerin des Volksparks Verhandlungen aufgenommen, damit dort eine Gedenktafel angebracht werden kann, die an die Ereignisse vom 13. März 1925 erinnert und auf der die Namen der Toten dieses „Blutfreitags“ aufgeführt sind? Wie ist der diesbezügliche Stand einzuschätzen bzw. welche Absichten bestehen?**
- 2. Gibt es einen neuen Stand im Hinblick auf eine Restaurierung des Denkmals „Kleiner Trompeter“ und dessen Präsentation in der Dauerausstellung des Stadtmuseums?**

Antwort der Verwaltung

Zu 1.

Die Eigentümerin des Volksparks, die Konzentration GmbH, wurde am 8. Juni 1999 schriftlich und danach mehrfach mündlich angefragt, ob sie der Anbringung einer solchen Gedenktafel zustimmt. Diese Anfragen blieben bislang unbeantwortet, dies ist sicher der Tatsache geschuldet, dass bisher für das historisch und städtebaulich bedeutsame Gebäude noch kein neues schlüssiges Nutzungskonzept vorliegt.

Die Anbringung einer Gedenktafel bedarf der denkmalrechtlichen Zustimmung und könnte zukünftige Planungen beeinträchtigen.

Im übrigen muss festgestellt werden, dass die Haushaltslage der Stadt zur Zeit die finanzielle Absicherung einer solchen Tafel (ca. 3.000 €) bisher nicht zuließ.

Das Anbringen der Gedenktafel bleibt weiter im Blickfeld der Stadtverwaltung. Sie kann jedoch erst zu dem Zeitpunkt, wenn für den Volkspark ein tragfähiges Nutzungs- bzw. Sanierungskonzept vorliegt, realisiert werden.

Zu 2.

Die Plastik "Der Kleine Trompeter" ist ein Zeugnis verschiedener historischer Schichten. Sie steht für obrigkeitliche Repression und ihre Opfer bereits in der Weimarer Republik, die Mythenbildung im Rahmen der in der DDR staatlicherseits gepflegten Arbeiterbewegungskultur und schließlich eine auf die Wende folgende Phase der Denkmalstürze, in denen eine Auseinandersetzung mit dem eben überwundenen System ebenso direkt wie symbolisch nachvollzogen wurde.

All diese Aspekte historischer Zeitzeugenschaft sollen erhalten und im Zuge der Ausstellungstätigkeit des Stadtmuseums zur Sprache gebracht werden.

Aus diesem Grunde besteht für Restaurierungsmaßnahmen keine Notwendigkeit. Für die Leitung der Halleschen Museen kommt eine Entfernung der mittlerweile ihrerseits historischen Farbreste grundsätzlich nicht in Betracht. Einer Integration des „Kleinen Trompeters“ im Zusammenhang mit der Überarbeitung der bestehenden Dauerausstellung zum Stadtjubiläum 2006 steht im Prinzip nichts im Wege. Die Leitung der Halleschen Museen wird dies bei ihren Planungsüberlegungen berücksichtigen.

gez. Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport

Wortprotokoll:

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, meinte, mit der Antwort zu dem ersten Punkt sei sie einverstanden, mit der zum zweiten nicht ganz. Es gäbe einen Beschluss des Stadtrates, der umzusetzen sei.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, zitierte aus dem Beschluss des Stadtrates vom 27.03.1996. Aus der Antwort der Verwaltung gehe hervor, dass der Leiter der halleschen Museen bereit sei, diesen Stadtratsbeschluss für das Konzept der Dauerausstellung des Stadtmuseums zu berücksichtigen.

Frau **Lenk** erwiderte, es gehe um die Art und Weise der Antwort; da werde so getan, als gäbe es diesen Beschluss nicht.

Herr **Dr. Marquardt** betonte, die Stadtverwaltung habe nicht die Absicht, diesen Beschluss zu ignorieren.

zu 7.2 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, PDS, zu Gebühren und Entgelte

Vorlage: III/2004/04098

Welche Gebühren und Entgelte werden in unserer Stadt erhoben?

Bitte folgendermaßen auflisten:

Zeitraum	Gesamtausgaben incl. Personalkosten	finanziert durch					Deckungsquote (Gebühren/Entgelte)
		Gebühren/Entgelte	sonst. Einnahmen	Stadt	Land	Bund	
2002							
2003							

Die durch Bund oder Land festgelegten Werte bitte kennzeichnen.

Zwischenantwort der Verwaltung

Da der Arbeitsaufwand der Beantwortung der Anfrage sehr umfangreich ist, wird die **Beantwortung in der kommenden Stadtratssitzung** vorgelegt.

gez. Funke
Beigeordneter Zentraler Service

Wortprotokoll:

Der Hinweis der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 **Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zu Auswirkungen der geplanten Ausbildungsplatzabgabe**

Vorlage: III/2004/04102

Die Regierungsfractionen des Deutschen Bundestages haben ein Berufsausbildungssicherungsgesetz (BerASichG) eingebracht, dass öffentliche wie private Arbeitgeber mit mehr als zehn Beschäftigten zur Zahlung einer Ausbildungsplatzabgabe zwingt, wenn am vorgegebenen Stichtag die Anzahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten unbesetzten Berufsausbildungsstellen bundesweit diejenigen der noch nicht vermittelten Bewerber um weniger als 15 % übersteigt und der betroffene Arbeitgeber die geforderte Ausbildungsquote von 7 % nicht erreicht.

Für den Fall einer bundesweit unzureichenden Ausbildungsplatzbereitstellung könnten auch Stadtverwaltung und städtische Betriebe zur Zahlung einer Ausbildungsplatzabgabe herangezogen werden.

Um die zu erwartenden Gesetzeswirkungen auf den städtischen Haushalt bzw. die Kostenstrukturen städtischer Betriebe abschätzen zu können, frage ich die Stadtverwaltung:

- 1. Wie hoch war die Ausbildungsquote der Stadtverwaltung insgesamt - und aufgegliedert nach Geschäftsbereichen in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003, welche Quote ist für 2004 zu erwarten?**
- 2. Wie hoch war die Ausbildungsquote der einzelnen städtischen Betriebe in den Jahren 1999, 2000, 2001, 2002 und 2003, welche Ausbildungsquote ist für 2004 zu erwarten ?**
- 3. Wie hoch wäre die Ausbildungsplatzabgabe für die Stadtverwaltung und die städtischen Betriebe, die die Ausbildungsquote von 7 % nicht erfüllen, wenn man als Bezugsjahr 2002 wählt und von einer Abgabenhöhe von 145 Euro je Beschäftigten in diesem Bezugsjahr (Berechnungen BIBB) ausgeht ?**
- 4. Welche Auswirkungen hätte ein Inkrafttreten des vorliegenden Entwurfes des Berufsausbildungssicherungsgesetzes auf die Haushaltsplanungen und Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Halle ?**

Antwort der Verwaltung

Zu 1

Die Ausbildung erfolgt in der Stadtverwaltung Halle(Saale) zentral, ebenso die Finanzierung. Eine Untergliederung bezogen auf die Geschäftsbereiche wurde bisher nicht vorgenommen, da zum Beispiel die Verwaltungsfachangestellten ständig in Ihrer Ausbildung die Fachbereiche und damit auch die Geschäftsbereiche wechseln.

Die Ausbildungsquote bezieht sich nicht auf ein Jahr, sondern auf alle in dem Unternehmen beschäftigten Azubis in den drei Ausbildungsjahren – siehe § 2 (6) des Gesetzentwurfs. Generell ist zu sagen, dass die Azubizahlen seit 1999 in der Stadtverwaltung Halle (Saale) reduziert wurden .

Jahr	Azubis	davon Neueinstellungen
1999	161	49
2000	135	34
2001	119	45
2002	99	25
2003	93	21
2004	80	geplant 25

Gründe für die Reduzierung:

- Keine Ausbildung im gehobenen Dienst mehr, da Vollzeitstudium an der FHS Harz
- Keine Ausbildung von Fachangestellten für Bürokommunikation, da kein Einsatz nach Ausbildung möglich,
- Fehlende geeignete Bewerber (Nichtbestehen der Testverfahren)
- Ausgliederungen von Bereichen (z.B. ITC – nur noch 1 Azubi)
- Haushaltskonsolidierung, Forderung der Verwaltungsspitze auch hier zu sparen
- Keine Übernahmemöglichkeit der anderen, nicht verwaltungstypischen Berufen
- Nichterfüllung der Ausbildungsrahmenpläne (z.B. Friedhofsgärtner – Ausbildungsabschnitte können wegen Wegfall von Aufgaben nicht gelehrt werden oder Stadtgärtnerei kein Ausbilder mehr; hier muss ein Meister die Ausbildung betreuen)

Zur Zeit liegt die Ausbildungsquote bei 2,1%. Da in den letzten Jahren nicht nur die Azubizahlen, sondern auch das Personal der Verwaltung reduziert wurde, kann man davon ausgehen, dass die Quote in den letzten Jahren anlag war. (Eine genaue Berechnung erfordert mehr Zeit).

Zu 2)

Zu diesem Punkt wurden die städtischen Gesellschaften angeschrieben. Die Antworten stehen noch aus und werden in der kommenden Stadtratssitzung nachgereicht.

Zu 3)

Vom Deutschen Städtetag wurde uns ein Ausbildungsplatzabgaberechner (siehe Anlage) übergeben, der von uns eine Abgabe in Höhe von **635.702,73 €** zum derzeitigen Zeitpunkt fordert. Zugrunde liegen hier die derzeit 80 Azubis im Verhältnis zu ca. 3800 sozialversicherten Beschäftigten.

Zu 4)

Wird die Entscheidung getroffen, die 7 % zu erfüllen, dann bedeutet das nicht nur Mehrkosten für die Ausbildung sondern auch neben den zusätzlichen Kosten für Ausbildungsplätze in den Bereichen (z.B. Büros mit entsprechender Ausstattung, Umkleidemöglichkeiten und sanitäre Einrichtungen im technischen Bereich) zusätzliche Ausbilder. Zur Zeit ist es so, dass der Ausbilder 10 % seiner Arbeitszeit für die Ausbildung der Azubis angerechnet bekommt ohne finanzielle Anerkennung. Ein Mehr an Azubis erfordert dann ein Mehr an Ausbilder.

Weiterhin ist zu beachten, dass in der Verwaltung die 36- Stunden Woche gilt, Azubis davon aber ausgenommen sind und eine 40- Stunden Woche haben. Die Haushaltskonsolidierung von geplanten ca. 12 Mill. Euro würde sich um mindestens 2,418 Mill. Euro verringern.

Bei Zahlung der Abgabe wäre es nur eine Verringerung um 635.702,73 Euro.

gez. Funke
Beigeordneter Zentraler Service

Ausbildungsplatzabgaberechner

Verändern Sie nur die gelben Felder und Sie erhalten Ihre individuelle Abgabe/ Förderung

Ermittlung der Kopfpauschale

Fehlende Lehrstellen zum 30. 9.	30.000
Gesamtausgleichsfaktor	211.450
Finanzierungsbedarf für zus. Plätze (26.800€ je Platz)	804000000
Finanzierungsbedarf für Lastenausgleich (8.930€ je Platz)	1888248500
Gesamtfinanzierungsbedarf inkl. 5% Verwaltungskosten	2692248500
abgabenpflichtige Angestellte (Quelle BIBB)	11350000

Kopfpauschale 237,20 €

Ermittlung der Abgabe für ein einzelnes Unternehmen

Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten* (min. 11)	3800
Anzahl der Auszubildenden	80

individuelle Ausbildungsquote (notwendig 7%)	2,1
theoretisch notwendige Auszubildende (aufgerundet)	266
individuelle Ausgleichsfaktor	-186

Gesamtabgabebetrag 635.702,73 €

Förderung durch Leistungsausgleich (>7%) ** - €

Abgabebetrag 635.702,73 €

* Teilzeitkräfte gewichten: bis zu 10 h mit 0,25; bis zu 20 h mit 0,5; bis zu 30 h mit 0,75; sonst 1

** durchschnittliche Ausbildungsvergütung 7.735€ (Quelle BIBB)

Förderung für zusätzliche Plätze: jährl. durchschnittl. Bruttoausbildungsvergütung für die in der AO festgelegte Ausbildungsdauer für zusätzlich eingestellte Azubis

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, fragte nach: In Halle habe man auch relativ viele Teilzeitbeschäftigte. Wenn sie das aus der Verwaltung sehe, sei das nicht so, dass wir im Vergleich zu westdeutschen größeren Städten verhältnismäßig viel hätten. Da sei wohl der Umstand so, dass die Teilzeitbeschäftigten nicht entsprechend eingerechnet werden können, so dass es noch einmal ungünstiger für uns im Osten werde. Eine weitere Frage: In welcher Form nehme die Oberbürgermeisterin darauf Einfluss auf die Entscheidungen, dass unter Umständen eine andere Entscheidung gefällt werde, damit das nicht alles auf uns hereinbricht?

Zur Verfahrensweise: Die Anfrage sei vor drei Wochen ordentlich eingereicht worden, die Beantwortung habe sie am Montag in die Hand bekommen, aber die Zahlen seien schon fleißig veröffentlicht worden. Es wäre schön, wenn man die Antwort als Stadtrat zeitnah erhalten könne. Das bitte sie auch zu beachten, wenn die Antworten von den städtischen Gesellschaften eingehen, dass diese dann zeitnah übergeben werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die beste Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, sei im Präsidium des Deutschen Städtetages, das in der vergangenen Woche zu diesem Thema getagt habe.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Antwort der Verwaltung ein (Gründe für die Reduzierung Ausbildung von Azubis). Würden die Absolventen der Fachhochschule Harz dann auch eingestellt?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung müsste eigentlich einen Einstellungskorridor für junge Leute einrichten, d.h. aber, es müssten mehr Personen abgebaut werden als sowieso schon abgebaut werden müssen. Die Verwaltung bereite ein Personalentwicklungskonzept vor, da werde dies hineingebracht. Ob es gelinge, dies mit dem Personalrat entsprechend zu verhandeln, werde sich herausstellen.

zu 7.4 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Sperrung der Ausfahrtstraße Dölau-Salzmünde (L159) im Zusammenhang mit dem Autobahnbau

Vorlage: III/2004/04103

Die Einwohner von Schiepzig und Salzmünde wurden vor etwa vier Wochen von der Autobahn-Baugesellschaft darüber informiert, dass im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnzubringerstraße die L159 für ein Jahr gesperrt werden soll. Da diese Straße auch eine wichtige Verkehrsverbindung für Einwohner von Halle ist, frage ich die Verwaltung:

Wie ist der Kenntnisstand über die entsprechenden Bauvorhaben?

Welche Ausweichregelungen sind vorgesehen?

Antwort der Verwaltung

Dem FB 61 liegen bisher keine konkreten Kenntnisse über den Ablauf der beiden Bauvorhaben BAB 143/Neubau der Ortsumfahrung Salzmünde L159 und diesbezüglicher Ausweichregelungen vor. (Der neue, planfreie Knotenpunkt A143/L 159 ist südlich der Gemeinde Salzmünde vorgesehen).

Die telefonischen Anfragen ergaben, dass auch das Autobahnamt, das Landesamt für Straßenbau Sachsen-Anhalt sowie das Straßenbauamt Halle dazu keine konkreten Informationen geben konnten.

Lediglich bei der Planungsgesellschaft DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH mit Sitz in Berlin) konnten uns folgende Auskünfte gegeben werden:

- Planfeststellungsverfahren zur BAB 143 läuft seit 1 Jahr.
- Bürger von Salzmünde wurden über den Planungsstand informiert.
- Erörterungstermin war im Februar 2004.
- Die Landesstraße L 159 zwischen Salzmünde und Halle wird nicht gesperrt.
- Innerhalb der Gemeinde Salzmünde wird die Kreisstraße K 2127 zwischen der Anbindung an die L 159 und dem Ortsteil Schiepzig für mehrere Monate gesperrt werden müssen. In diesem Abschnitt wird die künftige BAB 143 die Gemeinde Salzmünde und die angrenzende Saale in Form eines Tunnels und in nördlicher Weiterführung als Brücke queren. Während der Bauzeit wird der Fußgänger- und Radverkehr über eine Behelfs-brücke geführt.

Die befürchtete Unterbrechung der L 159 als Direktverbindung zwischen dem nordwestlichen Stadtgebiet Halle und der Ostharzregion im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn 143 kann somit nur als Missverständnis gedeutet werden.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.5 Anfrage des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU, zur Änderung des
Flächennutzungsplanes für die Gartensiedlung "Frohe Zukunft"**
Vorlage: III/2004/04104

1. In welchem zeitlichen Rahmen beabsichtigt die Stadtverwaltung die Gartensiedlung „Frohe Zukunft“ (Höllweg/Goldrutenweg) durch Änderung des Flächennutzungsplanes in eine Wohnbaufläche umzuwandeln und wie weit sind Pläne für eine ordnungsgemäße Erschließung vorhanden?
2. Wer trägt die Baulast für den Goldrutenweg, ist er in seiner Breite und in seinem Zustand als öffentliche oder private Straße geeignet und sind die Grundstücksverhältnisse im genutzten Wegebereich geklärt?

Antwort der Verwaltung

Zu 1.

Zur Frage Flächennutzungsplanänderung:

Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist derzeit nicht erforderlich. Die Gartensiedlung „Frohe Zukunft“ (Höllweg/Goldrutenweg) gehört nicht zum Bebauungszusammenhang der Ortslage Mötzlich. Deshalb richtet sich die Zulässigkeit von Bauvorhaben in diesem Bereich nach § 35 BauGB (Bauen im Außenbereich). Es handelt sich auch nach Auffassung der Bauaufsicht beim Landesverwaltungsamt um eine Splittersiedlung, in der gemäß § 35 Abs. 2 i. V. Abs. 3 BauGB einzelne Vorhaben zulässig sind, wenn ihre Ausführung oder Benutzung öffentliche Belange nicht beeinträchtigt und die Erschließung gesichert ist. Die bisherigen Baugenehmigungen wurden auf der Grundlage des § 35 BauGB erteilt.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Halle werden dem Wohnen dienende Splittersiedlungen einheitlich nicht als Bauflächen dargestellt, es sei denn, eine Entwicklung zu einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil ist planerisch an dieser Stelle beabsichtigt. Da dies aber hier nicht der Fall ist, wird auch eine Änderung des Flächennutzungsplanes für die o. g. Fläche der Gartensiedlung „Frohe Zukunft“ (Höllweg/Goldrutenweg) nicht als erforderlich angesehen.

Ein Flächennutzungsplan vermittelt als vorbereitender Bauleitplan keine unmittelbaren Rechte. Das im Flächennutzungsplan dokumentierte Ziel, die Gartensiedlung nicht zu einer Wohnbaufläche zu entwickeln, schließt jedoch auch nach Prüfung durch das Landesverwaltungsamt eine Wohnbebauung in diesem Bereich nicht aus. Die Darstellung im Flächennutzungsplan steht damit auch einer Bebauung der letzten noch freien Grundstücke (derzeit nur noch eines, für das noch keine Baugenehmigung erteilt wurde) nicht entgegen.

Zur Frage Pläne für eine ordnungsgemäße Erschließung:

Die vorhandene Erschließung wurde bisher als ausreichend für die Erschließung von Vorhaben im Außenbereich angesehen. Die Erteilung von Auflagen im Zusammenhang mit Baugenehmigungen ist dabei durchaus nicht ungewöhnlich.

Die HWA plant die Anbindung der Siedlung wie auch der Ortslagen Mötzlich und Tornau an die zentrale Abwasserentsorgung der Stadt Halle, stellte dies aber in einem Schreiben für die Gartensiedlung erst für nach 2007 in Aussicht, so dass bis dahin bezüglich der Entsorgung von Schmutz- und Regenwasser Übergangslösungen (z. B. abflusslose Gruben und Zisternen) gefunden werden müssen. Gegenwärtig wird geprüft, ob die Abwassererschließung zeitlich vorgezogen werden kann.

Eng mit der Abwassererschließung verknüpft ist die Verbesserung des Straßenzustandes des Goldrutenweges, die im Anschluss daran möglich wäre. Dies wird zurzeit im Fachbereich Tiefbau/Straßenverkehr geprüft. Für einen Ausbau des Goldrutenweges ist u. a. ein Grunderwerb benachbarter Grundstücksteile erforderlich. Hierzu wurden bereits Gespräche mit dem privaten Eigentümer geführt.

Zu 2.

Der Goldrutenweg (Flurstück 168/12 der Flur 3 in der Gemarkung Mötzlich) stellt eine öffentliche Verbindung zwischen Zöberitzer Straße und Posthornweg dar. Mit Zuordnungsbescheid vom 08.09.2000 ist er seit 03.10.2000 Eigentum der Stadt Halle. Unterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht liegen damit bei der Stadt.

Der Weg ist nur leicht befestigt (Kies/Schotter). Die nutzbare Breite liegt bei 3,50 m. Seitens des FB Tiefbau/Straßenverkehr wurde aber darauf hingewiesen, dass das Flurstück sich nicht völlig mit der realen Lage der nutzbaren Wegefläche deckt.

Ausgehend von der nutzbaren Breite und dem öffentlichen Charakter des Goldrutenweges ist baurechtlich von einer gesicherten Erschließung auszugehen. Breite und Befestigung des Weges sind auch nach Einschätzung des Landesverwaltungsamtes für die Erschließung eines Vorhabens im Außenbereich grundsätzlich genügend.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Anfrage der Stadträtin Ute Haupt und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS, zu Fragen der Stadtteilentwicklung auf der Silberhöhe
Vorlage: III/2004/04105

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. Wie entwickelt sich aus Sicht der Stadtverwaltung der Abriss von leerstehenden Wohneinheiten und Gebäuden im Stadtgebiet Silberhöhe?**
 - a) Wie viele Wohneinheiten und andere Gebäude wurden seit dem Jahre 2002 bereits abgerissen?**
 - b) Für welche Gebäude liegen Abrissanträge vor, wie wird der zeitliche Rahmen bis zum endgültigen Abriss geplant?**
- 2. Für den zentralen Bereich am Anhalter Platz gibt es Entwürfe zur Gestaltung der „Waldstadt“. Wie wird dieses Leitbild im Rahmen der Überarbeitung des Neuordnungskonzeptes seinen Niederschlag finden und wie beabsichtigt die Verwaltung, dieses Konzept umzusetzen?**

Antwort der Verwaltung

Wie viele Wohneinheiten und andere Gebäude wurden seit dem Jahre 2002 bereits abgerissen?

Insgesamt wurden bisher 1.493 WE, 6 Kindereinrichtungen, 1 zweizügige und 1 vierzügige Schule sowie 1 Turnhalle abgerissen.

Für welche Gebäude liegen Abrissanträge vor, wie wird der zeitliche Rahmen bis zum endgültigen Abriss geplant?

Zurzeit liegen Abbrucharträge für alle 11-geschossigen Gebäude in der Hanoier Str. (Abbruch 2004), in der Silbertaler Str. (Abbruch außer Hotelobjekt 2005-07) und für große Teile der 11-geschosser im Nördlichen Zentrum (Zeitpunkt noch nicht verbindlich festgelegt) vor.

Darüber hinaus wird schwerpunktmäßig im VII. WK abgebrochen.

Der zeitliche Rahmen für den weiteren Abbruch hängt sehr stark vom Umfang der bereitgestellten Fördermittel ab.

Derzeit sind für den Stadtteil im Zeitraum von 2004 - 2007 ca. 6,2 Mio. € für den Rückbau von Wohnungen vorgesehen.

Für den zentralen Bereich am Anhalter Platz gibt es Entwürfe zur Gestaltung der „Waldstadt“. Wie wird dieses Leitbild im Rahmen der Überarbeitung des Neuordnungskonzeptes seinen Niederschlag finden und wie beabsichtigt die Verwaltung, dieses Konzept umzusetzen?

Im Rahmen der Überarbeitung des Neuordnungskonzeptes wird der Gedanke der Waldstadt präzisiert. Wir versprechen uns von diesem Konzept vor allem einen Imagegewinn und eine Stabilisierung der verbleibenden Wohnungsbestände.

Begonnen wird momentan mit der Aufforstung Am Hohen Ufer. Von dort aus werden sich unterschiedlich strukturierte Waldformen von Süden in den Stadtteil hinein entwickeln, die den vorhandenen Grünzug flankieren und die Abbruchflächen im Bereich des ehemaligen südlichen Zentrums in Waldflächen verwandeln.

Die Umsetzung des Konzeptes soll zum einen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfolgen. So muss die HAVAG beispielsweise im Rahmen des Neubaus der Straßenbahntrasse Halle-Neustadt-Hauptbahnhof ca. 200 Starkbäume als Ausgleich für Baumfällungen im Zusammenhang mit dem Neubau dieser Trasse pflanzen, was auf den Standorten in der Silberhöhe vorgesehen ist. Zum anderen ist geplant, Bäume im Rahmen einer Spendenaktion „1200 Bäume zum Stadtjubiläum 2006“ mit der Bevölkerung zu pflanzen und so den Umbauprozess aktiv zu begleiten.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.7 Anfrage der Stadträtin Isa Weiß, CDU, zu Strukturänderungen in der Stadtverwaltung

Vorlage: III/2004/04107

Die Stadtverwaltung der Stadt Halle (Saale) wurde mit dem Amtsantritt der Oberbürgermeisterin im Jahre 2000 einer grundlegenden Strukturänderung unterzogen. Dazu gehört auch die Zusammenlegung der Bereiche Personal, Finanzen und Organisation zu einem Geschäftsbereich.

- **Welche Vorteile ergeben sich aus dieser Zusammenlegung für die Verwaltungstätigkeit?**
- **Wie stellt sich die Entwicklung der Personalkosten in diesem Geschäftsbereich dar?**
- **Welche Auswirkungen hat diese Zusammenlegung auf die Außenwirkung der Stadtverwaltung?**

Antwort der Verwaltung

Welche Vorteile ergeben sich aus der Zusammenlegung der Bereiche Personal, Finanzen und Organisation zu einem Geschäftsbereich?

a) für die Verwaltungstätigkeit

- Im GB I „Zentraler Service“ sind alle sogenannten „Querschnittsämter“ zusammengeführt worden:
FB Organisation und Personalservice
FB Kommunikation und Datenverarbeitung
FB Finanzservice
FB Liegenschaften
FB Recht
Damit wurden alle Serviceaufgaben in einem Geschäftsbereich gebündelt und stehen den Fachbereichen zur Erfüllung ihrer Fachaufgaben als Service zur Verfügung. Die Fachbereiche können sich auf die Erledigung ihrer Fachaufgaben konzentrieren.
Dem Verwaltungsmanagement wurde damit ein Bereich zur Wahrnehmung steuerungsunterstützender Aufgaben zur Seite gestellt.
Im Hinblick auf die dezentrale Ressourcenverantwortung wurde eine Grundlage geschaffen, um perspektivisch eine Zuordnung von Kosten und Erlösen, von finanziellen, personellen und sachlichen Ressourcen zu den Produkten zu ermöglichen und damit die Aufwendungen und Erträge von Verwaltungsleistungen beurteilen zu können.

b) für die Außenwirkung der Stadtverwaltung

- Im Mittelpunkt der Überlegungen stand und steht die Frage, wie sowohl aus der Sicht des Verwaltungsmanagements wie auch aus Sicht des Bürgers die reibungslose Ausführung der Verwaltungsaufgaben sichergestellt werden kann. Besondere Bedeutung kommt daher solchen Beurteilungskriterien zu, wie
 - Regelung der Abläufe, z. B. Verbesserung der Ablauforganisation
 - Regelung der Zusammenarbeit, z. B. Aufgabenverteilung
 - Klarheit der Zuständigkeiten
 - Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit und
 - Qualität und Wirtschaftlichkeit

Den Geschäftsbereichen wurden die Fachbereiche möglichst so zugeordnet, dass die Wahrnehmung der Aufgaben in **einem** Bereich möglich wird. Dadurch vermindert sich für die Bürger die Anzahl der Kontaktstellen, die Wartezeiten werden geringer und die Verwaltung wird insgesamt bürgerfreundlicher.

Wie stellt sich die Entwicklung der Personalkosten in diesem Geschäftsbereich (GB I) dar ?

In der als Anlage beigefügten Übersicht des GB I bezüglich der Personalkosten zeigt sich eine Reduzierung vom Rechnungsergebnis 2002 zum Plan 2004 von rund 1,2 Mio. Euro. Dem Geschäftsbereich sind aufgrund der Mittelbewirtschaftung durch den FB Organisation und Personalservice der Unterabschnitt

0290 –Altersteilzeit/Freizeitphase- sowie die im Unterabschnitt

0212 –Haushaltskonsolidierung/Verwaltungsreform- eingestellte Abfindungssumme von 2,3 Mio. Euro zugeordnet.

Betrachtet man die Entwicklung der Personalkosten innerhalb des GB I ohne diese Spezifika, ergibt sich gegenüber 2004 eine Reduzierung in Höhe von 4,5 Mio. Euro.

GB I Zentraler Service

UA	Bezeichnung	Rechng.-Ergebn.	Plan	Vorl.Ergebnis		1. Ansatz	Differenz
		2002	2003	2003	Plan 2004	2005	2002/2004
0210	Stabst.DV-Koord.	184.466	169.400	245.956,41	214.600	236.400	1
0211	Abt.Organisation	434.299	513.000	487.905,82	489.300	520.400	1
0212	Stabst.Verw.Reform	254.938	201.900	125.018,78	2.409.700	1.119.900	2.1
0220	Personalamt	6.818.949	5.662.000	4.401.998,72	4.356.500	4.262.800	-2.4
0290	Altersteilzeit (Freizeitph.)	1.416.995	1.809.000	1.702.261,20	2.409.100	2.219.600	9
0295	PTK		238.800		259.700	154.200	2
0300	Finanzservice/Kämmerei	1.036.231	5.138.100	5.222.391,83	5.062.200	5.305.500	4.0
0310	Stadtkasse	2.924.959					-2.9
0340	Steueramt	963.369					-9
0230	Rechtsangelegenh.	467.384	880.400	894.381,30	809.300	1.041.200	3
0350	Liegenschaften	2.164.367	1.903.800	1.797.621,17	1.728.100	1.849.800	-4
0360	Reg.Offener Vermög.	1.635.313	1.279.900	1.104.707,29	1.069.900	1.051.000	-5
0200	Hauptamt	1.853.160		30.326,10			-1.8
0600	Beschaffung	346.126	69.000	0,00			-3
0610	Submission/ Zentr. VGS	87.606	177.000	178.290,64	579.700	622.700	4
6801	Parkpl.Schimmelstr.	22.502	24.300	24.019,54	24.800	25.400	
	Zwischensumme	20.610.664	18.066.600	#####	19.412.900	18.408.900	-1.1
0290	Altersteilzeit (Freizeitph.)	1.416.995	1.809.000	1.702.261,20	2.409.100		
0212	Abfindung f. Verwaltg. Ges.				2.300.000		
	GB I ohne ATZ u. Abfind.	19.193.669	16.257.600	14.512.618	14.703.800		4.4

gez. Lönnecke, Fachbereichsleiter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.8 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zu Bestandteilen des kommunalen Haushaltes

Vorlage: III/2004/04108

Die Stadt Halle (Saale) fügt dem jeweiligen im Kalenderjahr beschlossenen Haushalt die Wirtschaftspläne ihrer kommunalen Beteiligungen bei.

In welchem Umfang sieht die Oberbürgermeisterin die in diesen Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Gewinne/Verluste der jeweiligen Unternehmen als Bestandteil des beschlossenen öffentlichen Haushaltes der Stadt Halle (Saale) an?

Auf welche Rechtsauffassung stützt sich der Standpunkt der Oberbürgermeisterin, sofern Gewinne/Verluste kommunaler Unternehmen als Bestandteil des öffentlichen Haushaltes angesehen werden?

Antwort der Verwaltung:

Mit der Einbringung der Haushaltssatzung in den Stadtrat werden die Wirtschaftspläne der Unternehmen in privater Rechtsform veröffentlicht, an denen die Stadt Halle (Saale) einen Anteil von über 50% besitzt sowie der Unternehmen, die einen Zuschuss durch die Stadt erhalten. Die Jahresabschlüsse der Unternehmen mit mehrheitlicher Beteiligung der Stadt werden durch den Stadtrat bestätigt und ebenfalls veröffentlicht.

Die Wirtschaftspläne der kommunalen Beteiligungsunternehmen und darin enthaltene Aussagen über erwartete Gewinne und Verluste sind nicht Bestandteil des städtischen Haushaltsplanes. Gemäß § 2 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung besteht der vom Stadtrat zu beschließende Haushaltsplan lediglich aus dem Gesamtplan, den Einzelplänen des Verwaltungshaushaltes und des Vermögenshaushaltes, den Sammelnachweisen sowie dem Stellenplan.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Eigen- und Beteiligungsunternehmen sind gem. § 2 Abs. 2 Nr. 5 Gemeindehaushaltsverordnung dem Haushaltplan lediglich beizufügen. Die Anlagen dienen einerseits dem Stadtrat als Grundlage für die Beratung des Haushaltsplanes und andererseits zur Information der Bürger und der Aufsichtsbehörde über die Finanzlage der Stadt, ihre wichtigsten Vorhaben und deren Auswirkungen auf die Entwicklung in den nächsten Haushaltsjahren sowie dem Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt. Sofern die erwarteten Gewinne bzw. Verluste Bestandteil des Haushaltsplanes wären, würde dies bedeuten, dass der Stadtrat auch über die Wirtschaftspläne entscheiden würde. Diese Entscheidung obliegt allerdings den jeweiligen dafür zuständigen Organen der kommunalen Unternehmen.

gez. Funke
Beigeordneter Zentraler Service

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.9 Anfrage der Stadträte Prof. Dr. Siegfried Kiel und Uwe Heft, PDS, zur Ausbildungsplatzabgabe
Vorlage: III/2004/04110

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. In welchem Umfang erfüllen die Stadt Halle (Saale) sowie die kommunalen Unternehmen die Quoten von bereit zu stellenden Ausbildungsplätzen gemäß dem in der Diskussion befindlichen Entwurf eines Gesetzes zur Ausbildungsplatzabgabe?**
- 2. In welchem Umfang wären die Stadt Halle (Saale) und deren kommunale Unternehmen Empfänger oder Abgabenleistende im Sinne des v. g. Entwurfes eines Gesetzes zur Ausbildungsplatzabgabe? (Institution, erhaltenden Betrag/zuleistende Abgabe getrennt aufführen)**

Antwort der Verwaltung

Zu 1.

Die Stadtverwaltung Halle (Saale) erfüllt die geforderte Quote von 7 % nicht. Sie hat zur Zeit nur eine Quote von 2,1 %, das sind 80 Auszubildende in 3 Ausbildungsjahren. Laut dem Gesetzentwurf müssten die Stadt Halle (Saale) 266 Auszubildende haben, was finanziell und personell nicht realisierbar ist (ca. 2,418 Mio. € Mehrkosten im Jahr an Personal- und Sachkosten).

Zu 2.

Die Stadtverwaltung Halle müsste bezogen auf das Rechenbeispiel vom Deutschen Städtetag eine Abgabe in Höhe von 635.702,73 € leisten (siehe Anlage).

gez. Dieter Funke, Beigeordneter Zentraler Service

Wortprotokoll:

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, fragte, welche Risikovorsorge die Verwaltung getroffen habe, wenn der Entwurf tatsächlich ernst werde.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, keine; die Stadt habe keine Reserven, sei in allen Haushaltsstellen ausgebucht.

**zu 7.10 Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU, zum Parkraumkonzept
Hubertusplatz/Weinbergweg**
Vorlage: III/2004/04114

**Beabsichtigt die Stadtverwaltung ein großflächiges Parkraumkonzept im Bereich
Hubertusplatz/Weinbergweg vorzubereiten?**

Antwort der Verwaltung

Ja, die Verwaltung sieht die Notwendigkeit, den ruhenden Verkehr in den Wohngebieten um das Universitätsklinikum und die Institute des Weinberg-Campus zu ordnen und auch das Bewohnerparken einzuführen.

Die nach wie vor ungelöste Parkproblematik des Universitätsklinikums und weiterer wissenschaftlicher Institute führt zunehmend zu chaotischen Verkehrsverhältnissen im gesamten Gebiet, worunter Anwohner und Gewerbetreibende gleichermaßen zu leiden haben.

Die Stadtverwaltung steht über den im Februar 2004 gegründeten Verein Weinberg campus e.V. auch mit den Einrichtungen des Campus in Kontakt.

Es wird eine gemeinsame Problemlösung angestrebt, die sowohl die Interessen der Anwohner, der universitären Nutzungen und auch des Klinikums abwägen soll.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.11 Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU, zur Einhaltung der
Geschäftsordnung der Stadtverwaltung Halle durch städtische
Bedienstete**

Vorlage: III/2004/04115

Auf die Frage des Vorsitzenden der 3. großen Strafkammer des LG. Halle, ob es in der Stadtverwaltung eine Vorschrift gebe, in der Verantwortlichkeiten und Arbeitsabläufe geregelt seien, antwortete im Tepasse-Prozess der als Zeuge gehörte Fachbereichsleiter des Fachbereiches Recht: In der Verwaltung gibt es eine „Geschäftsordnung“, sie ist aber dem größten Teil der städtischen Bediensteten nicht bekannt.

Ich frage:

- 1. Teilt die Verwaltung die Aussage vom Fachbereichsleiter Recht?
Wenn ja:**
- 2. Welchen Sinn erfüllt diese Vorschrift, wenn sie infolge von Unkenntnis bei der
Bearbeitung von Verwaltungsabläufen nicht berücksichtigt werden kann.**
- 3. Wie gedenkt die Verwaltung diesem Missetand abzuwenden?**
- 4. Auf Grund welcher konkreten Sachverhalte kommt der Fachbereichsleiter
Recht zu dieser Bewertung?**

Antwort der Verwaltung

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift 20/1994 vom 15.04.1994 regelt grundsätzlich die Geschäftsabläufe innerhalb der Stadtverwaltung. Sie ist im Intranet veröffentlicht und jedermann zugänglich. Als diese technische Voraussetzung bei Inkrafttreten der Verwaltungsvorschrift noch nicht vorlag, ist sie jedem Bediensteten ausgehändigt worden. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die Verwaltungsvorschrift allgemein bekannt ist.

gez. Funke
Beigeordneter Zentraler Service

Wortprotokoll:

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, mit der in seiner Anfrage stehenden Aussage sei ein so miserables Bild über den Zustand der Verwaltung gezeichnet, dass er nicht umhin gekommen sei, diese Anfrage zu stellen. In der Beantwortung werde geschrieben, dass „davon ausgegangen werden muss, dass die Verwaltungsvorschrift allgemein bekannt ist“. Wenn dem so sei, dann stehe trotzdem die Beantwortung seiner 4. Frage offen, aufgrund welcher konkreten Sachverhalte ein so nicht unmaßgeblicher Beamter der Stadt Halle zu einer solch schwerwiegenden Aussage komme. In einem privatgeführten Unternehmen wäre eine solche Aussage, wenn sie nicht sachgerecht begründet werden könne, geschäftsschädigendes Verhalten und ein Chef würde entsprechend tätig werden. Zu dem gleichen fordere er an dieser Stelle auf.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung habe sich natürlich mit dieser Aussage des Fachbereichsleiters vor Gericht auseinandergesetzt. Es habe sich herausgestellt, dass seine Aussage in einem anderen Zusammenhang gemeint gewesen sei und dies in der Öffentlichkeit jedoch nicht dargestellt werden konnte. Die Verwaltung habe das verstanden.

Es könne im Gespräch direkt erklärt, in welchem Zusammenhang diese Aussage gemeint gewesen sei, dann werde klar, dass nicht die Beschäftigten der Stadtverwaltung in dieser Weise dort gemeint gewesen seien.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, verwies darauf, er sei bei diesen Verhandlungen dabei gewesen. Aufgrund des Umstandes, dass verschiedene Zeugen befragt worden seien zu diesem Handeln, sei letztlich die Frage an Herrn Borries gekommen, ob es in der Verwaltung keine Vorschrift gebe, in der geregelt sei, was jeder einzelne zu tun und zu lassen habe oder dürfe jeder machen, was er wolle. Auf diese Fragestellung sei die hier zitierte Antwort ergangen. Diese Antwort habe er mitgeschrieben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bot an, Herr Misch möge sich mit Herrn Borries direkt unterhalten.

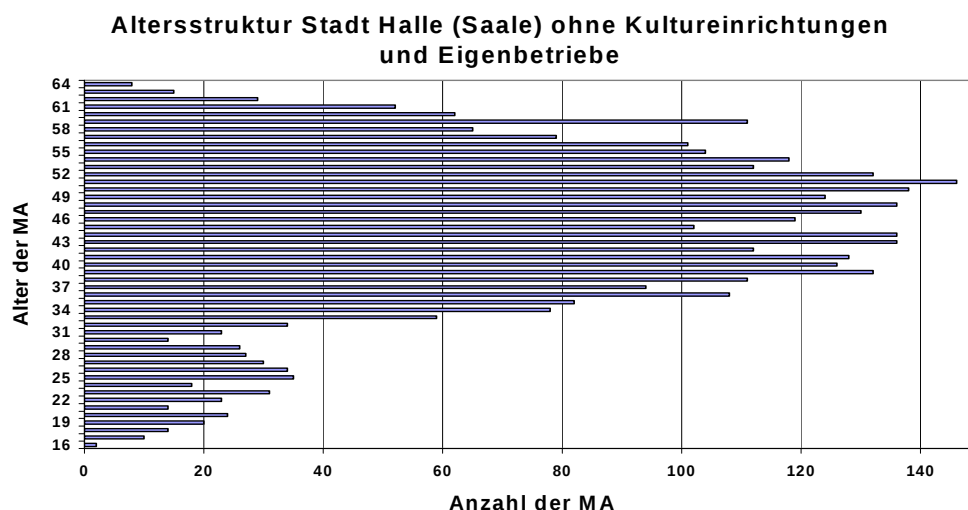
zu 7.12 Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zur Altersstruktur der Stadtverwaltung
Vorlage: III/2004/04117

1. Welche Altersstruktur (nach Altersgruppen) hat die gegenwärtige Mitarbeiterschaft der Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe, Kultureinrichtungen etc.)?
2. Wie hoch ist der Anteil der unter 30-Jährigen?
3. Wie viel unter 30-Jährige wurden in den letzten 5 Jahren eingestellt? Welche Bildungsabschlüsse haben diese Mitarbeiter?
4. Gibt es ein Konzept für die Verjüngung der Stadtverwaltung?

Antwort der Verwaltung:

Zu 1. und 2.

Aus der folgenden Aufstellung ist die Altersstruktur sowie der prozentuale Anteil der Mitarbeiter nach Lebensalter dargestellt. Der Anteil der unter 30-Jährigen zum Alter der Gesamtbelegschaft beträgt 9,2 %.



Alter	Geschlecht	Anzahl	Anteil in %
16	männlich	2	0,1
16		2	0,1
17	weiblich	5	0,1
17	männlich	5	0,1
17		10	0,3
18	männlich	11	0,3
18	weiblich	3	0,1
18		14	0,4
19	weiblich	11	0,3

	männlich	9	0,3
19		20	0,6
20	männlich	14	0,4
	weiblich	10	0,3
20		24	0,7
21	weiblich	11	0,3
	männlich	3	0,1
21		14	0,4
22	weiblich	16	0,4
	männlich	7	0,2
22		23	0,6
23	weiblich	22	0,6
	männlich	9	0,3
23		31	0,9
24	weiblich	14	0,4
	männlich	4	0,1
24		18	0,5
25	weiblich	24	0,7
	männlich	11	0,3
25		35	1
26	männlich	7	0,2
	weiblich	27	0,8
26		34	1
27	männlich	14	0,4
	weiblich	16	0,4
27		30	0,8
28	weiblich	22	0,6
	männlich	5	0,1
28		27	0,8
29	männlich	9	0,3
	weiblich	17	0,5
29		26	0,7
30	männlich	4	0,1
	weiblich	10	0,3
30		14	0,4
31	männlich	9	0,3
	weiblich	14	0,4
31		23	0,6
32	männlich	11	0,3
	weiblich	23	0,6
32		34	1
33	weiblich	31	0,9
	männlich	28	0,8
33		59	1,7
34	männlich	21	0,6
	weiblich	57	1,6
34		78	2,2
35	männlich	17	0,5
	weiblich	65	1,8
35		82	2,3
36	männlich	32	0,9
	weiblich	76	2,1

36		108	3
37	weiblich	67	1,9
	männlich	27	0,8
37		94	2,6
38	männlich	37	1
	weiblich	74	2,1
38		111	3,1
39	weiblich	97	2,7
	männlich	35	1
39		132	3,7
40	weiblich	97	2,7
	männlich	29	0,8
40		126	3,5
41	weiblich	92	2,6
	männlich	36	1
41		128	3,6
42	männlich	37	1
	weiblich	75	2,1
42		112	3,1
43	männlich	47	1,3
	weiblich	89	2,5
43		136	3,8
44	männlich	35	1
	weiblich	101	2,8
44		136	3,8
45	weiblich	82	2,3
	männlich	20	0,6
45		102	2,9
46	weiblich	91	2,6
	männlich	28	0,8
46		119	3,3
47	weiblich	112	3,1
	männlich	18	0,5
47		130	3,6
48	weiblich	117	3,3
	männlich	19	0,5
48		136	3,8
49	männlich	32	0,9
	weiblich	92	2,6
49		124	3,5
50	männlich	27	0,8
	weiblich	111	3,1
50		138	3,9
51	weiblich	114	3,2
	männlich	32	0,9
51		146	4,1
52	männlich	19	0,5
	weiblich	113	3,2
52		132	3,7
53	weiblich	94	2,6
	männlich	18	0,5
53		112	3,1

54	weiblich	92	2,6
	männlich	26	0,7
54		118	3,3
55	männlich	20	0,6
	weiblich	84	2,4
55		104	2,9
56	männlich	22	0,6
	weiblich	79	2,2
56		101	2,8
57	weiblich	54	1,5
	männlich	25	0,7
57		79	2,2
58	männlich	16	0,4
	weiblich	49	1,4
58		65	1,8
59	weiblich	88	2,5
	männlich	23	0,6
59		111	3,1
60	weiblich	42	1,2
	männlich	20	0,6
60		62	1,7
61	weiblich	25	0,7
	männlich	27	0,8
61		52	1,5
62	weiblich	11	0,3
	männlich	18	0,5
62		29	0,8
63	weiblich	3	0,1
	männlich	12	0,3
63		15	0,4
64	männlich	3	0,1
	weiblich	5	0,1
64		8	0,2
		3.564	100

Zu 3.

Hierbei kann z. Zt. nur eine Schätzgröße von ca. 200 angegeben werden. Genauere Daten können erst nach weiterem Fortschreiten des SAP HR-Projektes, insbesondere die der jeweiligen Bildungsabschlüsse der betroffenen Mitarbeiter, zur Verfügung gestellt werden.

Zu 4.

Gegenwärtig gibt es Bestrebungen, gemäß den Empfehlungen aus dem Konzept Roland Berger, einen Einstellungskorridor für jüngere Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung Halle (Saale) zu installieren. Das Vorhaben gestaltet sich schwierig, weil alle Genehmigungen zum sozialverträglichen Personalabbau unter dem Vorbehalt der konsequenten Planstellenreduzierung erfolgten.

gez. Funke

Beigeordneter Zentraler Service

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 7.13 Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU, zum Komplex
Abfallentsorgung ab 1. 6. 2005**

Vorlage: III/2004/04119

Im Zusammenhang mit den getroffenen Entscheidungen zur Zukunft der Abfallentsorgung ab 01.06.2005 frage ich:

1. Auf welcher Rechtsgrundlage ist die Verhandlungsausschreibung erfolgt, auf deren Basis die AGR den Zuschlag erhalten hat?
2. Ist es rechtlich zulässig, die technologisch möglichen Abfallbehandlungsmöglichkeiten gleichzeitig parallel an den andienungspflichtigen Abfall zu binden? Will heißen, der, der die Anlage baut, erhält auch den Zuschlag, den andienungspflichtigen Abfall zu entsorgen/verwerten.
3. Auf welcher Rechtsgrundlage ist die Vergabe des andienungspflichtigen Abfalls erfolgt?
4. Ist es richtig, dass die andienungspflichtigen Abfälle nach EU-Recht unabhängig von der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion ausgeschrieben werden müssen?
5. Ist durch die bisherigen Bescheide gewährleistet, dass die Stadt Halle tatsächlich den wirtschaftlich günstigsten Entscheid erzielt hat?
6. Durch Publikation in der MZ musste zur Kenntnis genommen werden, dass der Behandlungspreis für Halle bei 114,00€/t andienungspflichtigen Abfalls liegt, hingegen soll der Saalkreis bei TREA-Leuna zu einem Preis von 80,00€/t entsorgen. Zudem wird in der MZ der Preis für die Entsorgung der heizwertreichen Restfraktionen am Industriestandort ROMONTA Amsdorf mit 58,00€/t zitiert.
7. Welche Auswirkungen hätten diese Bedingungen auf die Berechnung der Abfallgebühren für die Hallenser Haushalte?
8. Ist es danach, von diesem Erkenntnisstand ausgehend, zutreffend, dass mit der AGR tatsächlich das wirtschaftlichste Ergebnis erzielt worden ist?
9. Ist die Verwaltung sicher, dass alle gesetzlichen und rechtlichen Vorgaben für die Vergabe und die Neuberechnung der Abfallgebühren berücksichtigt sind, um letztlich einer verwaltungsrechtlichen Überprüfung standzuhalten?

Zwischenantwort der Verwaltung

Auf Grund der umfassenden Fragestellung erfolgt die **Beantwortung** der Anfrage zum „Komplex der Abfallentsorgung ab dem 01.06.2005“ in der Stadtratssitzung im **Mai 2004**.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.14 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zum qualitativem Abbau im ambulanten Bereich des SGBVIII und seine fiskalischen Folgen
Vorlage: III/2004/04123

Ambulant betreuten Kindern und Jugendlichen wird derzeit eine immer geringere Anzahl an Hilfestunden pro Woche gewährt. Dies erfolgt mit dem Ziel der Kostensenkung.

1. **Könnten dann für denselben Preis mehrere Hilfen gewährt werden?**
2. **Wie hoch ist die Gefahr einzuschätzen, dass wegen der zu geringen Hilfsmöglichkeiten die ambulanten Hilfen scheitern, die Problemlagen sich verschärfen und den Betroffenen im Anschluss teure stationäre Hilfen gewährt werden müssen?**
3. **Wie viele ambulant betreute Kinder und Jugendliche haben in 2003 im Anschluss eine stationäre Hilfe oder eine teilstationäre Unterbringung erfahren müssen?**

Zwischenantwort der Verwaltung

Gemäß § 71 SGB VIII (KJHG) befasst sich der Jugendhilfeausschuss mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe. Er soll vor jeder Befassung des Stadtrates in Fragen der Jugendhilfe gehört werden.

Die Verwaltung wird diesem Grundsatz entsprechen und in der Jugendhilfeausschusssitzung am 13.05.2004 einen Bericht zum aktuellen Stand „Hilfen zur Erziehung“ in der Stadt Halle (Saale) geben. Danach werden die von Ihnen gestellten Anfragen mit den Vorlage-Nummern **III/2004/04123**, III/2004/04124, III/2004/04125 und III/2004/04118 einzeln oder im Zusammenhang im Stadtrat **Mai 2004** beantwortet.

gez. Szabados
Bürgermeisterin

zu 7.15 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Prüfung der Möglichkeit einer kostengünstigeren Hilfestellung der Fälle von 35a SGB VIII in Halle
Vorlage: III/2004/04124

1. Wie hoch ist die Fallzahl der nach § 35 a SGB VIII untergebrachten Kinder und Jugendlichen?
2. Wie hoch waren die in 2003 durch diese Fälle gebundenen HzE-Mittel?
3. Warum erarbeitet die Stadt Halle in Zusammenarbeit mit den freien Trägern nicht ein Konzept zur Etablierung einer Einrichtung nach 35a zu hiesigen Kostensätzen?

Zwischenantwort der Verwaltung

Siehe 7.14

zu 7.16 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zu vollstationären Unterbringungen nach SGB VIII in Fremdkommunen
Vorlage: III/2004/04118

1. Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre sind gegenwärtig außerhalb von Halle (Saale) in vollstationären Einrichtungen untergebracht?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre sind gegenwärtig in vollstationären Einrichtungen bei halleschen Trägern untergebracht?
3. Wie hoch ist der Durchschnitt der Tageskostensätze der in Anspruch genommenen Fremdträger? Wie hoch im Vergleich hierzu ist der Tageskostensätze der in Anspruch genommenen halleschen Träger?
4. Welche Arbeitsabsprachen zur Errichtung der bei Fremdträgern in Anspruch genommenen Leistungen bestehen mit halleschen Trägern?
5. Wie hoch sind die Kostensätze der 10 am häufigsten in Anspruch genommenen Fremdträger (anonymisierte Darstellung)?

Zwischenantwort der Verwaltung

Siehe 7.14

**zu 7.17 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur
Prüfung der Erforderlichkeit eines Nachtragshaushaltes HzE
Vorlage: III/2004/04125**

1. Wie hoch ist das tatsächliche derzeitige Defizit des HzE-Haushaltes?
2. Wie hoch ist hiervon das von 2002 in 2003 übernommene Defizit, wie hoch ist das von 2003 nach 2004 übernommene Defizit?
3. Warum erscheint dieses Defizit nicht im Haushalt?
4. In welcher Summe wurden Ende 2003 fällige Rechnungen von Leistungsanbietern in- und außerhalb von Halle erst in 2004 beglichen? Wie viele Verzugszinsen sind für den städtischen Haushalt angefallen?
5. Welcher Anteil des Defizits ist auf das Einstellen der Mittel Kitagebühren-Ermäßigung zurückzuführen?
6. Wie viele Mittel wurden in 2002 und in 2003 für die Kitagebühren-Ermäßigung benötigt und wie viele sind für 2004 im Plan eingestellt?

Zwischenantwort der Verwaltung

Siehe 7.14

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, äußerte sich zu dem Gesamtkomplex ihrer Anfragen. Sie finde es merkwürdig, dass auf Anfragen, die rechtzeitig gestellt worden seien, keine Antworten da seien, obwohl sie durchaus da seien. Sie könne nicht verstehen, warum die Themen nicht schon im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden seien und die Antworten dann hier gegeben worden seien. Die Stadträte, die nicht dem Jugendhilfeausschuss angehörten, hätten das gleiche Recht, die entsprechenden Antworten zu erhalten.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies auf ihre Antwort. Im Mai werde zu dem ganzen Komplex ein Bericht im Jugendhilfeausschuss gegeben. Danach werde dieser Fragenkomplex im Mai in der Stadtratssitzung beantwortet.

Frau **Wolff** erwiderte, sie hätte es verstanden, wenn geschrieben worden wäre, dass wegen der Fülle der Anfragen keine Antwort gegeben werden könne. Wenn man sich die Fragen genauer ansehe, könne man feststellen, dass es sich auch um statistische Angaben handle, die man durchaus aus dem Computer hätte ziehen können. Es sei für sie nicht nachzuvollziehen, dass kein einziger Fragenkomplex beantwortet wurde. Man wisse, dass Anfragen dazu dienten, möglicherweise Anträge zu stellen; das sei jetzt schier unmöglich.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** betonte, die Fragen stünden in einem Zusammenhang, zu dem ein Bericht gegeben werde, der auch schon ziemlich lange für den Jugendhilfeausschuss terminiert worden sei.

Herr **Bönisch** erinnerte daran, dass der Stadtrat voraussichtlich noch im Monat Mai zum Thema Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Heft zu diskutieren habe. Derartige Fragestellungen sollten also auch im Vorfeld erörtert und rechtlich abgeklärt werden.

Wortprotokoll:

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, äußerte, sie habe der Zeitung entnommen, dass das Ammendorfer Bad nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehe. Sie erinnere sich, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung es einen Vorschlag gegeben habe, der zurückgewiesen worden sei. Sie habe geglaubt, dass da eine Entscheidung in den Stadtrat müsse und bitte zu erklären, warum dem nicht so sei.

In Ammendorf gebe es das Gerücht, dass ein Betreiber existiere, der dieses Grundstück gekauft habe und wieder ein Bad betreiben wolle. Was sei dazu zu sagen?

Für sie sei die Alternative Beesen keine Alternative, weil die Preise nicht stimmig seien.

Gäbe es für die Stadtverwaltung Möglichkeiten, Verhandlungen mit dem Spaßbad aufzunehmen die Preise zumindest in den Ferien anzugleichen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, bezog sich auf den Antrag des Bildungsausschusses (TOP 6.1) und fragte, ob die Oberbürgermeisterin in der Lage wäre, für einen Investor, der 125 Arbeitsplätze biete, sofort 15 Parkplätze zu beschaffen. In dem Antrag des Bildungsausschusses gehe es nicht um tausend Schüler, die einen Parkplatz wollten, sondern um 15 Arbeitskräfte eines Betriebes (Gymnasium). Vor zwei Jahren sei ein entsprechender Antrag gestellt worden, der abschlägig beschieden worden sei. Könne der Stadtrat eine Ausnahme für die Benutzersatzung für öffentliche Anlagen beschließen, damit sofort diese 15 Parkplätze beschafft werden könnten?

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, verwies darauf, dass die Verwaltung nach einer Lösung für die Lehrer suche.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, bezog sich auf einen Artikel in der „MZ“ vom 07.04.2004 (Vorwürfe der Malerinnung, Fordert HWG Knebelpreise?) Sowohl die Handwerkskammer Halle als auch die Maler/Lackierer-Innung Halle/Merseburg/Saalkreis hätten schwere Bedenken zur Ausschreibung zur Ausschreibungspraxis bei der HWG geschildert. Daraus ergäben sich für ihn folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Sei in diesem Sachverhalt seitens des Gesellschafters der HWG nachgegangen worden?
2. Haben sich die erhobenen Vorwürfe bestätigt? Hat es Unregelmäßigkeiten gegeben und wie schwerwiegend waren diese tatsächlich? Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für den Gesellschafter im Falle der Richtigkeit aus diesen Behauptungen?
3. Wird und wurde in den Ausschreibungsverfahren eine ordentliche Auskömmlichkeitsprüfung vorgenommen?
4. Hat es tatsächlich laut Innungsmeister ... den Umstand gegeben, „ dass die HWG den Firmen nahegelegt habe, den vorgegebenen Preis um mindestens 8 % zu unterbieten, um bei der Vergabe überhaupt berücksichtigt zu werden“?
5. Hat der Gesellschafter geprüft, ob ähnliche Sachverhalte im Rahmen der Ausschreibungsverfahren auch bei anderen kommunalen Unternehmen begründet anzunehmen sind?

Die Beantwortung könne schriftlich erfolgen.

Herr **Funke**, Beigeordneter Zentraler Service, erklärte, die Verwaltung sei der Angelegenheit selbstverständlich nachgegangen. Ohne in Detail zu gehen, habe ihm der Vorstand der HWG versichert, dass er eine interne Vergabeordnung, die der Aufsichtsrat 2001 beschlossen hatte angewandt und sich im Gesamtrahmen rechtlich einwandfrei verhalten habe, so dass für die Stadt aus rechtlicher Sicht keine Veranlassung bestehe, weiter zu handeln.

Herr **Doegel** ergänzte, ihm sei bekannt, dass man sich, auch nach Vermittlungen seitens der Stadt, zwischen Geschäftsführung HWG und Handwerkskammer geeinigt habe, und das bereits Tage vor der Veröffentlichung des zitierten Artikels.

Herr **Krause** fragte, ob es in diesem Zusammenhang auch eine Erörterung zum Thema der Ausschreibungspraxis, speziell zur Auskömmlichkeitsprüfung, gegeben habe. Wie sei das mit der Empfehlung, prozentual darunter zu bleiben, um überhaupt in das Verfahren zu kommen?

Das könne man doch nicht einfach nur nachfragen, ohne rechtlich zu prüfen. Die Vorwürfe seien öffentlich in der Zeitung erhoben worden und so schwerwiegend, dass für ihn die gegebene Antwort nicht ausreiche.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erinnerte an die Zuständigkeiten. Es gebe eine Geschäftsführung, die verantwortlich dafür sei, rechtmäßig zu handeln. Wenn sie das nicht tue, müsse sie sich verantworten.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Sport- und Freizeitzentrum Hufeisensee

Vorlage: III/2004/04159

-
1. Der Stadtrat nimmt das anliegende Konzept zur Realisierung des Sport- und Freizeitzentrums Hufeisensee Halle (Saale) im jetzigen Arbeitsstand zur Kenntnis.
 2. Die Stadtverwaltung wird die im Konzept dargestellte Vorzugsvariante untersetzen in Bezug auf:
 - die Bauherrenträgerschaft durch eine Gesellschaft mit kommunaler Beteiligung einschließlich notwendiger kommunalaufsichtlicher Klärungen
 - die Kosten der äußeren Erschließung
 - die Ermittlung des zu erreichenden Beitrages der Stadt durch die Entwicklung städtischer Grundstücke
 - den Namensgeber
 - die Fördermittelhöhe des Landes Sachsen-Anhalt
 - Erklärungen von Hauptnutzern des Stadions und der Arena.
-

Wortprotokoll:

Herr **Bönisch** informierte, dass durch die Fraktion der PDS Akteneinsicht zum Bauobjekt Türkisstraße 2,4,6 und 8 sowie in die Aktivitäten des Bauordnungsamtes zu diesem Bauobjekt beantragt worden sei.

Er teilte mit, dass eine Mahnung der Kommunalaufsicht vorläge, Dienstaufsichtsbeschwerden zeitnah zu bescheiden. Er bitte, die Fraktionen entsprechend zu reagieren.

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, nahm Bezug auf die bevorstehende Kommunalwahl. Zur Thematik gesetzeskonforme Stimmzettel (Angabe akademischer Grad) habe er allen Fraktionen eine Mitteilung gesandt. Eine diesbezügliche Anfrage von ihm werde gegenwärtig vom Petitionsausschuss des Landtages bearbeitet.

Herr **Doegel**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, informierte zur Tätigkeit des Gemeindewahlausschusses: 12 Parteien und Gruppierungen sowie ein Einzelbewerbung, insgesamt 349 Kandidatinnen und Kandidaten.

Er bitte um Unterstützung, weitere Wahlhelfer zu finden. Weiter erinnerte er an die gesetzlichen Vorschriften bei der Anbringung von Wahlwerbung.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 53. öffentliche Tagung.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

